



01. Stadtratsprotokoll / 01^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 18. Januar 2018, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 18 janvier 2018 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Beriger Michelle, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Diop Mamadou, Fischer Pascal, Francescutto Luca, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Günther Muriel, Gurtner Roland, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Helbling Beatrice, Jean-Quartier Caroline, Känzig Urs, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Molina Franziska, Moser Peter, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schmid Judith, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Torriani Isabelle, Tennenbaum Ruth, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Arnold Niels, Kaufmann Stefan, Tanner Anna, Wächter Olivier, Wiher Max

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

--

Vorsitz / Présidence:

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées	Seite/Page
1. Genehmigung der Traktandenliste	4
2. Mitteilungen Stadtratsbüro	4
3. Protokollgenehmigungen (28. und 29. Juni 2017, Nrn. 8 und 9)	4
4. Postulat 20170131, Reto Gugger und Franziska Molina, Fraktion EVP/BDP, "Verkehr flüssig halten – trotz Baustellen"	5
5. Interpellation 20170134, Franziska Molina und Andreas Sutter, Fraktion EVP/BDP, "Gebäude der Stadt Biel"	6
6. Interpellation 20170136, Reto Gugger und Andreas Sutter, Fraktion EVP/BDP, "Wie beeinflussen die Motorfahrzeuge das Steuersubstrat der Stadt Biel?"	6
7. Interpellation 20170135, Luca Francescutto, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Wie berücksichtigt die Abteilung SUS die Rekurse bei der Zuteilung einer Schule?"	8
8. Dringliches Postulat 20170281, Dennis Briechle, GLP, "Westast: Klarheit betreffend Bäume"	10
9. Dringliche Interpellation 20170286, Pascal Bord, Fraktion PRR, "Sind die Stellen der Generalsekretäre und –sekretärinnen und ihrer Stellvertretenden deutschsprachigen Personen vorbehalten?"	14
10. Dringliche Interpellation 20170284, Martin Wiederkehr, Fraktion SP/JUSO, "Die Versorgungssicherheit im Bereich Spitex ist gefährdet"	17
11. Dringliche Interpellation 20170288, Anna Tanner, SP, Dana Augsburg- Brom, SP, Muriel Günther, SP, "Sparmassnahmen Kanton Bern: Wie reagiert die Stadt Biel?"	19
12. Dringliche überparteiliche Interpellation 20170285, Urs Scheuss, Grüne, Muriel Günther, JUSO, Anna Tanner, SP, "Handhabung bei politischen Kundgebungen"	22
13. Dringliche überparteiliche Interpellation 20170287, Anna Tanner, SP, Judith Schmid, PdA, "Wohncontainer als Unterkunft für Asylsuchende"	24
14. Dringliche Interpellation 20170282, Daniel Suter, PRR, "Aufhebung von Parkplätzen im Rebberg-Quartier" und Dringliche Interpellation 20170283, Natasha Pittet, PRR, "Unterbrechung des Busbetriebs während 7 Monaten"	25
15. Überparteiliches Postulat 20170162, Julien Stocker, GLP, Miro Meyer, JUSO, Lena Frank, Grüne, Anna Tanner, SP, Judith Schmid, PdA, "Auto- freier Bahnhofplatz"	28
16. Interpellation 20170164, (Christian Löffel) Franziska Molina, Fraktion EVP/BDP, "Schuldenentwicklung in Biel"	32
17. Interpellation 20170166, Christoph Grupp, Fraktion Grüne, "Baustelleninstallationen auf Trottoirs"	33
18. Interpellation 20170163, (Christian Löffel) Franziska Molina, Fraktion EVP/BDP, "Wassergefahren in Biel"	34
19. Interpellation 20170165, (Christian Löffel) Franziska Molina, Fraktion EVP/BDP, "Arbeitsvergaben in der Baudirektion am Beispiel der Schul- anlage Châtelet"	34
20. Dringliche überparteiliche Interpellation 20170316, Peter Bohnenblust, FDP, Sandra Schneider, SVP, "Unverständliches an der Bermenstrasse"	36

21. Überparteiliche Motion 20170204, Dana Augsburger-Brom, Fraktion SP/JUSO, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Gleichbehandlung bei Neuzuzügerinnen und Neuzuzügern"	36
22. Motion 20170205, Judith Schmid, PdA, "Freie Fahrt für Menschen in Aus- und Weiterbildungen!"	41
23. Postulat 20170248, Martin Scherrer, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, "Extrabusse bei Events in der Tissot Arena"	42
24. Postulat 20170210, Ruth Tennenbaum und Roland Gurtner, Passerelle, "Förderung der Demokratie mit neuen Möglichkeiten der Teilhabe in der neuen Bieler Verfassung"	44
25. Neueingänge.....	46

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie zur ersten Stadtratssitzung im 2018 und wünsche Ihnen einen guten Start ins neue Jahr und vor allem gute Gesundheit.

1. Genehmigung der Traktandenliste

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Herr Wiher kann krankheitshalber an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen und bittet um Verschiebung des Traktandums 4.1 Überparteiliches Postulat 20170133, Max Wiher, GLP, Reto Gugger, BDP, Roland Gurtner, PAS, Anna Tanner, SP, «Förderung der lokalen Bieler Kulturinstitutionen» auf die nächste Sitzung.

Die Traktandenliste wird mit dieser Änderung genehmigt.

2. Mitteilungen Stadtratsbüro

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Sie wurden bereits über ein verspätetes Weihnachtsgeschenk informiert: Im Stadtratssaal, im Ratssekretariat und in der Stadtkanzlei steht ab heute ein WLAN (bb_parl) zur Verfügung. Nach der ersten Anmeldung sollte das Gerät jeweils automatisch auf das Netz zugreifen. Bei Fragen steht das Ratssekretariat zur Verfügung.

3. Protokollgenehmigungen (28. und 29. Juni 2017, Nrn. 8 und 9)

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Bei den verschickten Protokollen Nrn. 8 und 9 vom 28. und 29. Juni 2017 gibt es eine Korrektur. Ich übergebe das Wort an die Ratssekretärin, Frau Klemmer.

Klemmer Regula, Ratssekretärin: In den Protokollen Nrn. 8 und 9 ist auf der letzten Seite fälschlicherweise Frau Bouhraoua als Verfasserin erwähnt. Sie hat aber an diesen Protokollen nicht mehr mitgearbeitet. Im Protokoll Nr. 9 ist auf Seite 351 ein Blatt dazwischen gekommen, das nicht dorthin gehört, dieses muss entfernt werden.

Die Protokolle Nrn. 8 und 9 werden mit diesen Änderungen stillschweigend genehmigt.

4. Postulat 20170131, Reto Gugger und Franziska Molina, Fraktion EVP/BDP, "Verkehr flüssig halten – trotz Baustellen"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Gugger Reto, Fraktion EVP/BDP: Frau Molina und ich reichten das vorliegende Postulat im April 2017 ein. Damals wurde in Madretsch an mehreren Baustellen gleichzeitig gearbeitet. Bermenstrasse und Alexander-Moser-Strasse waren nicht mehr befahrbar. Aufgrund dieser Ausgangslage kam es zu einem grossen Unfall in der Bahnunterführung Brüggstrasse (ein Autotransporter verlor einen Lieferwagen). Die Brüggstrasse war daraufhin für den Feierabendverkehr blockiert und der Weg in die Innenstadt versperrt. Sämtliche Ausweichstrecken waren aufgrund der Baustellen gesperrt. Auch als der Kanton in Nidau den Bahnübergang sanierte, kam es aufgrund der Bauarbeiten zu Engpässen. Wir als Urhebende des Postulats bemängeln die fehlende Koordination zwischen den verschiedenen Baustellen und wünschen uns befahrbare Ausweichstrecken, und dies nicht nur für den Individualverkehr und den Warentransport, sondern auch für den öffentlichen Verkehr. Wir nehmen die Antwort des Gemeinderates auf unser Postulat zur Kenntnis. Der Gemeinderat beteuert darin, dass er alles was möglich ist unternimmt, um solche Verkehrsengpässe zu vermeiden. Allmonatlich sprechen sich die verschiedenen städtischen Dienste jeweils bezüglich ihrer Planungen ab. Für die PostulantInnen ist die Situation jedoch nicht optimal gelöst. **Wir beantragen deshalb, das Postulat nicht abzuschreiben**, weil das Anliegen noch nicht erfüllt ist.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat hat versucht, sein Vorgehen zu erläutern und auf die regelmässigen Koordinationsbesprechungen verwiesen. Wie Herr Gugger bereits ausgeführt hat, haben die Baustellen unterschiedliche Auftraggebende, beispielsweise die Stadt, den Kanton oder die Swisscom. Hinzu kommen unvorhersehbare Ereignisse wie der erwähnte Unfall. Auf allen Baustellen werden vorgängig Abklärungen getätigt, wie der Verkehr während der Bauzeit weiterhin fließen kann. Muss die Strasse gesperrt werden, werden Ausweichrouten vorgesehen und mit dem städtischen Polizeiinspektorat abgesprochen. Treten unvorhergesehene Probleme ein, wird der Verkehr durch die Kantonspolizei geregelt. Der Gemeinderat nimmt die Koordination des Verkehrs und die Veranlassung von kurzfristigen Regelungen so gut als möglich wahr. Ich bitte den Stadtrat dem Antrag des Gemeinderats zu folgen, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Abstimmung

- über den Antrag der PostulantInnen, das Postulat erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit erheblich erklärt und abgeschrieben.

5. Interpellation 20170134, Franziska Molina und Andreas Sutter, Fraktion EVP/BDP, "Gebäude der Stadt Biel"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Die Interpellierenden sind von der Antwort **befriedigt**.

Molina Franziska, Fraktion EVP/BDP: Diese Interpellation habe ich eingereicht, weil ich feststellte, dass sich verschiedene Gebäude im Besitz der Stadt Biel in einem schlechten Zustand befinden. Meine Fragen wurden sehr ausführlich beantwortet. Die Fragen nach dem Finanz- und dem Verwaltungsvermögen haben sich in der Zwischenzeit geklärt, denn mit der Einführung des harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2) wurden alle Grundstücke überprüft und die notwendigen Umwidmungen zwischen den beiden Vermögen vorgenommen. Ich bin mehr als zufrieden mit der Antwort und danke dem Gemeinderat für die Antworten.

6. Interpellation 20170136, Reto Gugger und Andreas Sutter, Fraktion EVP/BDP, "Wie beeinflussen die Motorfahrzeuge das Steuersubstrat der Stadt Biel?"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Die Interpellanten sind von der Antwort **befriedigt**.

Gugger Reto, Fraktion EVP/BDP: Dieser Interpellation lag die Idee zugrunde, eine Basis für eine sachliche Diskussion über die Steuereinnahmen zu schaffen. Mich würde interessieren, ob die Motorfahrzeugsteuern statistisch relevant sind für die Steuereinnahmen. Die Interpellanten waren ein wenig enttäuscht von der Antwort. Die Zahlen, wie ich die Steuereinnahmen entwickelt haben, haben wir auch selber herausgefunden. Viel interessanter wäre es gewesen zu erfahren, wie sich die Zahl der zugelassenen Motorfahrzeuge in der Stadt Biel entwickelt hat. Erstaunt mussten die Interpellanten zur Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat keine Möglichkeit hat, diese Zahlen zu erheben. Mir hat das keine Ruhe gelassen. Ich habe mich daher auch beim Strassenverkehrsamt erkundigt. Dort teilte man mir mit, dass die Anzahl der in Biel zugelassenen Fahrzeuge nicht erfasst wird. Allenfalls könne vielleicht das Bundesamt für Statistik etwas darüber sagen... Ich will aber nicht wissen, wie viele Renaults, Peugeots oder andere Marken verkauft wurden, sondern nur wie sich der Fahrzeugbestand in der Stadt Biel entwickelt hat. Schliesslich ist diese Zahl wichtig, denn es gilt immer wieder Entscheide über die Aufhebung von Parkplätzen zu treffen. Welches ist die Basis für solche Entscheide, wo doch die Ausgangslage nicht bekannt ist? Ich hätte mir gewünscht, dass der Gemeinderat sich mehr anstrengt, um meine Fragen zu beantworten. Ich bin von der Antwort dennoch befriedigt, aber nicht glücklich über den Datenschutz, der einmal mehr ein Hindernis darstellt.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Danke für die Beantwortung dieser Interpellation. Ich finde, die Antworten sind angesichts der sehr fragwürdigen Fragestellung angemessen. Die Stadtratsmitglieder sollen aber nicht wissenschaftlich arbeiten, sondern Politik betreiben. In diesem Fall geht es um Verkehrspolitik und die Frage, ob

sie überdacht werden soll, wie dies Herr Gugger betonte. Die Credit Suisse Real Estate Asset Management Schweiz hat dazu eine interessante Studie veröffentlicht. In dieser geht es um die Bedeutung der Mobilität beim Wohnungsbau. Untersucht wurde der Zusammenhang zwischen der Erschliessungsqualität einer Gemeinde und der Anzahl bestehender sowie nicht vermieteter Parkplätze. Die Studie kommt zum Schluss, dass es dabei einen direkten Zusammenhang gibt. In gut erschlossenen Gemeinden bleiben, obwohl alle Liegenschaften vermietet sind, viele Parkplätze leer. Die Credit Suisse sagt im Fazit: *"Parkplätze haben sich für die Vermarktung [der Liegenschaften] von einem must-have zu einem nice-to-have entwickelt. Anforderungen des Gesetzgebers an [die] Parkplatzzahl sind überholt. In Wohnliegenschaften werfen Parkplätze eine zu tiefe und oft negative Rendite ab. Fehlende oder unattraktive Umsetzungsmöglichkeiten von leerstehenden Parkplätzen."* Die Autoren der Studie fordern, dass die Anzahl Parkplätze besser auf den Standort abgestimmt wird. Das Ergebnis der erwähnten Studie sollte aus meiner Sicht ein Grund sein, die Verkehrspolitik zu überdenken. Das gilt beispielsweise auch für die überdimensionierte Anzahl Parkplätze im Projekt AGGLOlac. Gerade dieses Gebiet ist sehr gut erschlossen und die Anzahl Parkplätze könnte herabgesetzt werden.

Grupp Christoph, Grüne: Ich finde, dass der Stadtrat den beiden Interpellanten zu grossem Dank verpflichtet sind. Sie haben zentrale Fragen zur Finanzpolitik der Stadt Biel gestellt... Persönlich hat mich die Interpellation zu weiteren wichtigen Fragen angeregt: Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Automarke der Finanzdirektorin und der Tiefe des Lochs in der Bieler Stadtkasse? Wie wirkt sich der Prozentsatz der Velo fahrenden Bieler Stadtratsmitglieder auf die Anzahl der behandelten Vorstösse pro Jahr aus? Durch die weihnächtliche Stimmung der letzten Stadtratssitzung angeregt, habe ich mir ferner überlegt, in welchem Verhältnis die in Biel zugelassenen "Samichlöis" zu den verkauften Tannenbäumen in der Stadt stehen. Sie hören es, ich kann dem Vorstoss der Herren Gugger und Sutter nicht sehr viel Ernsthaftigkeit abgewinnen, ich finde ihn richtiggehend absurd! Der Zusammenhang der Anzahl Autos in der Stadt Biel mit dem Steuersubstrat der Stadt ist mir völlig schleierhaft. Die einzig ernsthaft relevante Frage, die mir dazu einfällt, wäre: Welchen Zusammenhang gibt es zwischen den Verkehrsbewegungen auf Bieler Strassen und den Miet- und Immobilienpreisen der Wohn- und Geschäftshäuser? Allgemein bekannt ist, dass in verkehrsreichen Strassenabschnitten die Liegenschaftsrenditen tief und die Wohnlagen nachteilig sind.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Die Idee, die der Interpellation zugrunde liegt, finde ich richtig. Wenn diejenigen, die ihre private Mobilität bewahren wollen, in der Stadt keinen Parkplatz mehr finden, geht Steuersubstrat verloren. Auch im Gebiet AGGLOlac werden übrigens Parkplätze benötigt, unter anderem auch für Carsharing-Projekte. Die Fraktion FDP teilt die Meinung der Grünen nicht. Es ist nicht gesagt, dass die Reduktion von Parkplätzen die richtige Strategie ist.

Moser Peter, FDP: Ich möchte die Äusserungen von Herrn Scheuss ergänzen. Solange eine Anwohnerparkkarte in Biel CHF 28.00 pro Monat kostet, wird kein normal denkender und rechnender Mensch einen Parkplatz in einem Parkhaus für CHF 180.00 monatlich nutzen wollen. Private Parkhäuser werden nie rentieren, wenn die Stadt Biel Parkplätze so billig zur Verfügung stellt.

Steidle Silvia, directrice des finances: La réponse à cette intervention donne matière à discuter. Les échanges sont intéressants et me font sourire pour ma première intervention cette année, merci Monsieur Grupp. Monsieur Gugger, l'arbre ne doit pas cacher la forêt. L'élément principal de la réponse du Conseil municipal est que la corrélation entre la part d'évolution des véhicules à moteur et celle de l'évolution de la substance fiscale ne peut être établie. C'est pour cela que nous n'avons pas cherché à répondre de manière plus importante et pas non plus développé votre question. Effectivement, d'autres questions se posent et Monsieur Moser a soulevé l'aspect, qui devra plutôt faire l'objet d'autres interventions.

7. Interpellation 20170135, Luca Francescutto, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Wie berücksichtigt die Abteilung SUS die Rekurse bei der Zuteilung einer Schule?"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UCD/Les Confédérés: Je remercie le Conseil municipal de sa réponse. J'ai déposé cette interpellation suite à différentes craintes et remarques de parents d'élèves biennois. Le passage au cycle supérieur, dans une Ville comme Bienne, est bien plus compliqué que dans un village, où les enfants commencent et bien souvent terminent leur scolarité dans le même bâtiment. Bienne possède une grande quantité d'écoles réparties dans les différents quartiers, mais parfois ces dernières se trouvent à cheval entre deux zones scolaires. Cela rend difficile la gestion pour le Département Écoles & Sport. De plus, la population multiculturelle ne facilite pas la gestion des classes. La Direction de la formation, culture et sport doit mettre sur pied passablement de classes spéciales car le niveau des élèves est tellement bas, que les professeurs sont au bord de l'étouffement. Il s'agit là d'un autre sujet. La réponse du Conseil municipal rappelle que les critères d'attribution portent, entre autre, sur la longueur du chemin d'école, les moyens de transports, l'équilibre des classes, les fratries, etc. Or, quelques temps après l'attribution des classes, la Ville avait, sous la pression de certains parents, dû mettre en place des bus scolaires, afin de transporter les enfants à l'école, ceci à cause de la trop grande distance entre le domicile et l'école. L'école ne se situait plus dans le même quartier où les parents résidaient et le chemin était trop long et surtout trop dangereux pour de si jeunes enfants. Après une année d'activité, ce bus n'a soudainement plus circulé. Pour rappel, les enfants concernés étaient âgés de seulement sept ans. Imaginez un enfant de cet âge prendre les transports publics seul... Sûrement pas! Pourtant, c'était la solution trouvée par le Département Écoles & Sport. Cet exemple suffit à comprendre, que les parents ont le droit de faire recours si l'attribution des classes ne leur convient pas. Bien entendu, il faut tout de même avoir des arguments valables. Grâce aux chiffres fournis dans la réponse du Conseil municipal, on peut y voir un certain nombre de recours: 35 recours acceptés pour les élèves romands sur 65 déposés et 19 acceptés pour les germanophones, pour 71 déposés. Acceptés ou non, on peut tout de même constater, que le nombre de recours de la part des parents est assez élevé. Cela laisse penser que l'attribution n'est pas chose facile. Le pire est que les recours déposés en deuxième instance

auprès de l'Inspection scolaire, n'aboutissent presque jamais. Il ne vaut donc pas la peine de payer la somme de 200 fr. Je ne suis pas en mesure de vous indiquer les motifs pris en compte par l'Inspection scolaire, pour accepter ou non un recours. J'espère toutefois que les recours déposés sont bien pris en compte et étudiés.

Je donne l'exemple de deux parents travaillant à 100 % et dont les enfants sont gardés quelques heures par semaine par les grands-parents. Suite à une restructuration des classes, ces enfants se retrouvent dans une école à l'autre bout de la Ville et donc, ne peuvent plus être gardés par les grands-parents. Je vous laisse imaginer le désarroi des parents face à ce genre de problème. J'ai demandé, une fois, à une mère de famille pourquoi elle venait chaque jour chercher son enfant à l'école enfantine, en voiture. Elle m'a répondu qu'elle avait trois enfants, qui suivaient leur scolarité dans trois écoles différentes. On peut donc bien imaginer l'organisation nécessaire pour ces parents. Je dois tout de même dire, que le travail fourni par Écoles & Sport a évolué en bien dans ce domaine, notamment depuis la mise en place des trains de classes, qui doivent permettre aux enfants de rester dans la même école le plus longtemps possible et je remercie Monsieur Reto Meyer. Il ne faut pas oublier, non plus, que les parents des élèves allophones ne sont absolument pas intéressés par la scolarité de leurs enfants. Ceci laisse entrevoir qu'il y a encore bien à faire! De mon côté, je suis satisfait de la réponse du Conseil municipal.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Monsieur le Conseiller de ville, je vous remercie pour la bonne réception de cette réponse. La répartition des classes est vraiment compliquée et n'est pas une science exacte. Monsieur Francescutto a souligné la complexité avec les nombreux enjeux, qui sont souvent contradictoires. C'est bien cela le problème, car si une exigence est résolue, un problème surviendra ailleurs. Donc, il est parfois difficile de trouver le bon choix, tout en sachant que la solution ne sera pas satisfaisante en ce qui concerne tous les aspects. Les attentes et les recours des parents doivent être pris au sérieux et c'est une exigence du Conseil municipal. Il faut étudier les meilleures solutions et j'ai personnellement présidé les séances concernant ces répartitions, avant l'arrivée du nouveau chef du Département Écoles & Sport. J'ai donc vu concrètement comment cela se passait et je peux vous assurer, que les directions d'écoles prennent cela très à coeur. Les décisions prises donnent lieu à des discussions, qui durent plusieurs heures car elles sont affinées et corrigées. Lors d'un recours, la décision est revue et si une solution meilleure est envisageable, le recours est accepté, mais ce n'est pas simple du tout. Je pense que l'on fait le maximum mais il est vrai, que chaque année plusieurs élèves se trouvent dans des situations compliquées. Il est vrai, que cela donne des situations dramatiques, car cela peut concerner des enfants déjà fragilisés par différents facteurs et l'éloignement complique cette situation. Il y a un élément, qui a été sous-évalué ces dernières années, il s'agit des fratries. Je suis de l'opinion, que ce n'est pas tenable d'avoir trois enfants dans trois écoles différentes, car cela complique la vie de tous et aussi du corps enseignant. Le Département Écoles & Sport travaille donc à remettre le critère "fratrie" en haut de la liste. Je pense que cela fait du sens et que la vie des parents en sera facilitée.

8. Dringliches Postulat 20170281, Dennis Briechle, GLP, "Westast: Klarheit betreffend Bäume"

(Text des dringlichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Der geplante A5-Westast polarisiert Biel, insbesondere weil dieser mitten durch das Stadtgebiet führt. Ein Aspekt, der von den KritikerInnen immer wieder hervorgehoben wird, ist die grosse Anzahl Bäume, die sich im voraussichtlichen Baustellenperimeter befinden. In seiner Beantwortung bestätigt der Gemeinderat, dass 745 Bäume betroffen sind, der Grossteil davon im Bereich des Westasts. Er bleibt hingegen die Antwort schuldig, wie viele dieser Bäume im Perimeter dem Projekt weichen müssen. Sind es 10%, 20% oder gar 50% oder 90%? Dazu findet sich keine Aussage und das lässt Spekulationen in alle Richtungen zu. Bäume auf Stadtgebiet haben viele positive Effekte: Sie erhöhen die Luftqualität und schützen vor Regen, Wind und Lärm. Sie verbessern das Mikroklima und sind Rückzugsort für viele Kleintiere. Damit sind sie ein wichtiger Faktor für die Biodiversität in der Stadt. Dieser ökologische Wert wird bei Neupflanzungen noch nicht erreicht, denn das ist das Resultat von jahrzehntelangem Wachstum. Der Gemeinderat betont in der Antwort auf den Vorstoss, dass jeder gefälltete Baum ersetzt werden soll, ja sogar 10% zusätzlich gepflanzt werden sollen. Das ist löblich, doch kann und darf ein Baum nicht als Verbrauchsmaterial angesehen werden. Er ist nicht einfach schnell eins-zu-eins ersetzbar. Zur Illustration: Eine hundertjährige Eiche hat ein Kronenvolumen von rund 4'000 m³. Eine zehnjährige Eiche verfügt über ein solches von 40 m³. Wer nun also eine einzige hundertjährige Eiche ersetzen möchte, müsste 100 junge Eichen pflanzen! Dieses eindrückliche Beispiel zeigt, dass ein Baum eben nicht einfach schnell ersetzt werden kann. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass so viele Bäume wie möglich erhalten bleiben. Der Gemeinderat hat sich im Rahmen seiner Einsprache zum Ausführungsprojekt des A5-Westasts für eine Verkleinerung der Installationsflächen auf dem Strandboden eingesetzt. Das ist erfreulich und in diesem Bereich ein durchaus wichtiger Beitrag. Leider geht aus der vorliegenden Beantwortung aber nicht klar hervor, was der Gemeinderat darüber hinaus zu tun gedenkt. Das Pasquart-Quartier beispielsweise wird durch mehrere lange, historische Baumalleen geprägt, die zu einem guten Teil aus alten, aber intakten, grossen Bäumen bestehen. Die Alleen entlang der Seevorstadt, der Neuenburg-, und der Ländtestrasse, dem Seefels- und dem Dammweg sowie am unteren Quai verleihen diesem Quartier Charakter und Identität. Einzelne Bereiche dieses Quartiers liegen leider teilweise im Perimeter des geplanten Westasts. Sollte der Westast kommen, ist klar, dass gewisse Bäume gefällt werden müssen, jedoch nicht ein Grossteil. Nicht direkt von der Linienführung betroffene Alleen (Ländtestrasse, Seefelsweg und Dammweg) müssen unbedingt erhalten bleiben. Ich möchte den Stadtrat bitten, dies dem Gemeinderat im Sinne einer Daueraufgabe aufzuerlegen und **beantrage deshalb, das Postulat erheblich zu erklären aber nicht abzuschreiben**. Dieses Vorgehen liegt auch im Interesse der Befürworter des Autobahnprojekts. Je kleiner die Auswirkungen des Westasts auf das Stadtgefüge ausfallen und je stärker die bisherigen Strukturen berücksichtigt werden, desto eher wird das Projekt akzeptiert.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP/JUSO: Ich schliesse mich dem Votum von Herrn Briechle an. Was er über die Bäume erwähnt hat, berührt mich. Bäume sind für eine Stadt wie Biel wesentlich. Herr Briechle hat mich auf einen wichtigen Punkt gebracht: Im Gebiet des Strandbodens, das für den Westast vorgesehen ist, kenne ich die Bäume, seit ich zwei Jahre alt bin. Ich sehe die Bäume tagtäglich. Ich Sorge mich nicht nur aufgrund des Westasts um diese Bäume. Ich bin auf der Internetseite des Bundesamts für Umwelt (BAFU) auf ein wichtiges Dokument mit dem Titel «Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und Baumvegetation in den Städten» gestossen. In Bern wurde dazu ein Projekt gestartet, das gemäss der erwähnten Internetseite darauf abzielte, *"Wissenslücken zu schliessen. Im Fokus stand dabei die Vulnerabilität städtischer Baumbestände gegenüber klimatischen Veränderungen."* Das hat mich erschreckt. Insbesondere die Bäume an der Neuenburgstrasse machen mir Sorgen. In Basel erbrachte eine diesbezügliche Studie folgende Resultate: Über 2'000 Rosskastanien, (wie diejenigen an der Neuenburgstrasse), Platanen (wie am Strandboden) sowie Sommerlinden sind krank. Meine Frage richtet sich daher an die zuständige Bau(m)direktorin: Wie wird der Gesundheitszustand der Bäume in Biel überwacht? Das oben erwähnte Projekt in der Stadt Bern hat aufgezeigt, dass aufgrund der Verhältnisse mit sehr nassen Wintern und sehr trockenen Sommern die Bäume bereits heute sehr geschwächt und geschädigt sind. Das heisst, dass die Bäume in den nächsten Jahren gefällt werden müssen. Die Stadt Basel kam zum Schluss, dass die Rosskastanien und Platanen von Schädlingen und Pilzen befallen sind. Auch die Rosskastanien an der Neuenburgstrasse können nicht mehr 20 Jahre stehen bleiben. Im Gegensatz zu den Eichen, Herr Briechle, müssen die Rosskastanien, Platanen und Sommerlinden gemäss den Befunden der Städte Basel und Bern innert der nächsten 20 Jahren gefällt werden. Ich weiss allerdings nicht, ob die Stadt Biel den Gesundheitszustand dieser Bäume überhaupt kennt. Zu meinem Leidwesen, Herr Briechle, werden wahrscheinlich 80% dieser Bäume verschwinden...

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich habe ein Problem mit diesem Postulat, nicht inhaltlich, aber aus fachlicher Sicht. Der Vorstoss ist gar kein Postulat. Mit drei gestellten Fragen ist der Vorstoss eigentlich mehr eine Interpellation. Die Fragen beinhalten keinen Prüfungsauftrag. Der Gemeinderat hat die Fragen freundlicherweise als Postulat entgegengenommen und beantwortet. Ich wüsste nicht, wie der Auftrag an den Gemeinderat lautet, wenn das Postulat nicht abgeschrieben würde. Mit der Beantwortung der Fragen kann der Vorstoss somit als erfüllt abgeschrieben werden. Der Postulant hat nicht gesagt, was er noch geprüft haben will. Aus meiner Sicht muss daher das Postulat abgeschrieben werden, weil dieses ja keinen Prüfungsauftrag an den Gemeinderat enthält. Drei Fragen sind kein Prüfauftrag, und so muss das Postulat erheblich erklärt und abgeschrieben werden. Der Gemeinderat beantwortet die Fragen in dem Sinne, als er erklärt, dass er sich für den Erhalt möglichst vieler Bäume einsetzen will. Da sich das Projekt Westast zurzeit im Planaufgaberfahren befindet, kann dazu heute nicht mehr gesagt werden.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Ich plädiere dafür, dieses Postulat nicht abzuschreiben, weil es sich generell auf den A5-Westast bezieht und nicht auf das aktuelle Ausführungsprojekt. Ausserdem sind weitere Abklärungen hängig, so zum Beispiel zum Alternativprojekt «Westast so besser». Auch dieses beinhaltet eine Prüfung der vorhandenen Bäume. Diese Fragen sind weiterhin aktuell. Ich bitte darum, dieses Postulat nicht abzuschreiben.

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Ich beziehe mich auf die Aussagen von Herrn Scherrer. Art. 40 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Biel (SGR 151.21) besagt: *"[...]Mit dem Postulat kann auch die Erstattung eines Berichtes zu einer bestimmten Angelegenheit verlangt werden."* Das fordert mein Postulat. Die Fragen, auf die ich gerne eine Antwort gehabt hätte, wurden eben nicht alle beantwortet, wie ich vorhin bereits ausgeführt habe. In der Beantwortung wird erwähnt, dass im betroffenen Perimeter 745 Bäume stehen. Eine Aussage darüber, welche dieser Bäume dem Projekt Westast weichen sollen, fehlt. Ich gehe davon aus, dass nicht sämtliche 745 Bäume gefällt werden müssen. Ob es aber bloss ein, zwei Dutzend oder viele, vielleicht gar hunderte oder 90% sind, bleibt offen. Das wäre eine zentrale Frage, auf welche ich gerne eine Antwort hätte. Ebenso wird mir aus der Beantwortung nicht klar, wo sich der Gemeinderat ausserhalb des Strandbodenareals einzusetzen gedenkt. Wie ich gesagt habe, hat der Gemeinderat, was das Strandbodenareal betrifft, in seiner Einsprache zum Ausführungsprojekt durchaus gute und unterstützungswürdige Forderungen eingebracht. So sollen in einem 25 m langen Korridor die Bäume der Allee in Richtung See geschützt werden. Was aber ausserhalb dieses Perimeters geschehen soll, wird nicht aufgezeigt. Was unternimmt der Gemeinderat sonst...? Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung für meinen Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP dankt für die rasche und klare Antwort des Gemeinderats und ist froh, dass gewisse Sachverhalte klargestellt wurden. Vom Westast betroffen sind nur 487 Bäume und nicht, wie behauptet 745. Ich wollte mich zum Sturm «Burglinde» äussern. Auf Anraten meiner Kollegen, die mich darauf aufmerksam machten, dass ich nur Lacher erhalten würde, verzichte ich jedoch darauf. Der Gemeinderat hat vorliegend das Anliegen ausführlich beantwortet. Das Postulat kann deshalb meiner Ansicht nach abgeschrieben werden. Mit dem Alternativprojekt «Westast so besser» hat der Vorstoss nichts zu tun. Dieses verlangt nämlich, keine Bäume zu fällen.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Si Monsieur Briechle dit, que la question des arbres sacrifiés par la construction de la branche Ouest constitue une tâche durable, cela voudrait justement signifier, que ce postulat peut être rayé du rôle. La vérité est que dans 20 ans, si le projet de la branche Ouest est réalisé comme prévu, il sera possible de savoir le nombre d'arbres à planter à d'autres endroits, afin de rendre cette zone à nouveau verte. Cela n'a pas de sens de garder ce postulat durant encore 15 à 20 ans. De plus, le Conseil municipal est intervenu dans le cadre de la mise à l'enquête du projet définitif par le biais d'une opposition, qui demande qu'un maximum d'arbres soient conservés, notamment aux Prés-de-la-Rive et cela malgré l'installation du chantier. Pour le reste, je me réfère aux propos de Monsieur Wiederkehr concernant l'état de ces arbres qui, dans les vingt ans, devront de toute façon être abattus.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Selbstverständlich ist sich der Gemeinderat der grossen Bedeutung der Bäume im städtischen Lebensraum bewusst. Die Fragen zum Klimawandel, Herr Wiederkehr, wird die von Ihnen angesprochene Baudirektorin, als Schutzpatronin unserer Bäume beantworten. Ich werde mich zum Thema Westast und dazugehörige Gebiete äussern. Der Gemeinderat hat das Ziel, so wenig Bäume wie nötig zu fällen, und dies nicht nur im Zusammenhang mit dem Westast. Zudem fordert der Gemeinderat, für Baustellen-Installationsplätze und andere temporäre

Massnahmen im Zusammenhang mit dem Westast zusätzliche Anstrengungen, um auf das Fällen von Bäumen möglichst zu verzichten. Auf den Baustellen besteht mehr Spielraum dafür als auf dem vorgesehenen Strassentrassee. Für temporäre Nutzungen wie Installationsplätze sollen wie gesagt möglichst gar keine Bäume gefällt werden und für das Strassentrassee so wenige wie möglich. Dieses Grundprinzip lässt sich aber, wie alles im Leben, nicht eins-zu-eins umsetzen. Die vorgesehene Linienführung des Ausführungsprojektes des Westasts enthält Abschnitte, bei welchen das Fällen von Bäumen unvermeidlich ist. Aus der Beantwortung geht ebenfalls hervor, dass die zu fällenden Bäume sich im Bereich des Zubringers zum rechten Seeufer, dem Bereich des eigentlichen Westasts und des Vingeltunnels beschränken. Das Alternativprojekt «Westast so besser» beinhaltet übrigens den Zubringer zum rechten Seeufer und den Vingeltunnel ebenfalls. Der Gemeinderat ist aber trotzdem der Meinung, dass auch in diesen beiden erwähnten Bereichen die Bäume möglichst geschützt werden sollten. Dieses Anliegen reicht jedoch über die Zuständigkeit des Gemeinderats hinaus. Die Bäume der betroffenen Örtlichkeiten befinden sich nicht alle auf Bieler Boden. Selbstverständlich kann der Gemeinderat den GrundeigentümerInnen von Ipsach oder Port empfehlen, die Bäume zu erhalten. Er erachtet das Anliegen gar als Daueraufgabe. Bis anhin hat aber noch keine Einspracheverhandlung beim Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) stattgefunden. Ich gehe davon aus, dass bei diesen Gesprächen der Schutz der Bäume ein zentrales Element sein wird.

Der Gemeinderat ist somit der Auffassung, dass das Postulat abgeschrieben werden kann. Herr Briechle, Sie haben vorhin Ihre Fragen ein wenig abgeändert. Sie haben beispielsweise im Vorstoss nicht gefragt, wie viele Bäume tatsächlich gefällt werden sollen. Frage 1 lautete: *"Welche und wie viele Bäume sind [...] gefährdet."* In der Antwort wurden die vom Westast betroffenen Gebiete sowie die Gesamtzahl der dortigen Baumbestände aufgeführt. Zu der formellen Frage, die Herr Scherrer aufgeworfen hat: In einem Punkt liegen Sie richtig. Das Stellen von Fragen in diesem Vorstoss entspricht eher einer Interpellation. Mit dem Kunstgriff, einen Bericht zu fordern, für welchen es kein formelles Raster gibt, kann aber auch ein Postulat eingereicht werden. Sie haben aber nicht recht in der Annahme, der Gemeinderat sei so nett gewesen, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen. Vielmehr entscheidet das Stadtratsbüro darüber, in welcher Form Vorstösse zulässig sind. Auch wenn das Postulat abgeschrieben werden sollte, fährt der Gemeinderat mit aller Energie fort, sich für den Schutz der Bäume im Zusammenhang mit dem Westast sowohl bei temporären Massnahmen als auch bei der Trassenführung einzusetzen.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Klimawandel hat tatsächlich einen grossen Einfluss auf die städtische Vegetation, wie Herr Wiederkehr richtig erwähnt hat. Der Gemeinderat trägt diesem Umstand insofern Rechnung, als bei Neupflanzungen neue Arten bevorzugt werden, die mit den klimatischen Begebenheiten (Trockenheit und Hitze) besser fertig werden. Rosskastanien werden nicht mehr angepflanzt. Die Frage zum Gesundheitszustand der Kastanienbäume kann ich heute nicht beantworten, da die Frage nicht vorher gestellt wurde.

Abstimmung

- über den Antrag des Postulanten, das Postulat erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit erheblich erklärt und abgeschrieben.

9. Dringliche Interpellation 20170286, Pascal Bord, Fraktion PRR, "Sind die Stellen der Generalsekretäre und –sekretärinnen und ihrer Stellvertretenden deutschsprachigen Personen vorbehalten?"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Je suis satisfait de la réponse du Conseil municipal et je l'en remercie. En parcourant la communication du Conseil municipal concernant la nomination des nouveaux secrétaires généraux adjoints, j'ai d'abord pensé qu'il y avait une erreur. Non, ce n'est pas sérieux! Il n'y a pas un seul romand! Le Conseil municipal ne peut pas manquer pareillement de sensibilité. J'ai appris, que les cadres romands ont été très fâchés, mais respectent leur devoir de réserve. Durant les travaux de la Commission spéciale pour le projet de révision totale du Règlement du personnel et du système salarial (RPS), le thème du quota a été abordé. Vu mon esprit libéral, je suis contre les quotas aussi bien pour les romands, que pour les femmes. La Commission RPS comme le Parlement ont décidé de faire confiance au Conseil municipal, qui a sans cesse répété sa volonté de garantir un bon équilibre entre les langues et entre les sexes. Je me pose, maintenant, la question s'il n'aurait pas fallu être comme Saint Thomas et exiger un pourcentage minimum de personnel francophone. Je ne mets aucunement en doute ni la qualité des nominés, ni le professionnalisme du Département du personnel qui a, je le présume, trouvé le/la meilleur(e) des candidat(e)s pour chaque poste. Par contre, le Conseil municipal en tant qu'organe collégiale et surtout le Maire, comme Chef d'orchestre, auraient dû avoir un peu plus de flair politique. Normalement, ils sont assez sensibles au bilinguisme! Avec 39% d'employé(e) francophones sur l'ensemble du personnel, la situation est correcte, sauf au Département des travaux publics (TEE), qui compte uniquement 14% de personnes romandes. L'absence de francophones, aussi bien au Département TEE qu'aux secrétariats généraux, est tout simplement difficilement justifiable. La situation globale parmi les cadres (90% d'alémaniques) est très préoccupante. Cela veut dire, que l'Administration fonctionne en allemand. Ce n'est pas seulement un problème de langue, mais aussi de culture, de manière de penser, de fixer les priorités et d'agir. La personne alémanique, en toute bonne foi, même si elle parle parfaitement le français, ne pensera pas comme une personne romande. Tous les romands, qui travaillent à Berne pour le Canton, la Confédération ou pour de grandes entreprises, où elles sont largement minoritaires, connaissent la situation. Mais, ici, nous ne sommes pas à Biel mais à Biel/Bienne,

ville officiellement bilingue. Cette situation n'est tout simplement pas admissible. Si l'on n'est pas assez attentif à la question, la majorité alémanique le sera toujours plus et le taux de romands va encore chuter parmi l'Administration. Quel romand serait assez courageux ou fou pour se lancer le défi d'être la seule personne francophone dans un département, sans réelles chances d'évoluer dans sa carrière ou prendre la tête d'un établissement médico-social, avec un personnel majoritairement alémanique? Le fait d'avoir tapé sur la table, par cette interpellation, a été plus qu'utile. Merci également aux médias d'avoir animé le débat public. La situation actuelle n'est simplement pas acceptable, je le répète. Je peux lire, dans la réponse, qu'un groupe de travail sera chargé d'analyser les causes de la sous-représentation romande au niveau des cadres, afin de proposer des mesures appropriées pour combler ce déficit. C'est un signe d'espoir! Un romand a été nommé au Département des finances, très bonne nouvelle. Selon mes oreilles, le Conseil municipal est enfin plus attentif à la question. Très bien, que cela continue. Le Groupe PRR restera attentif et suivra le dossier, pour l'intérêt de tous les biennois et biennoises.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: Merci pour le travail de recensement et la présentation de ces très intéressantes statistiques. L'adjectif pour les qualifier, qui correspond à mon sens, est "énorme". "Énorme" dans le sens insensé, incroyable, catastrophique. Quelle image donne la Ville de Bienne vers l'extérieur, par rapport à son bilinguisme, avec un taux de plus de 90% de cadres alémaniques pour une population de 40% de francophones? Cela signifie-t-il que les cadres doivent être en particulier alémaniques? Je suis bien moins condescendante que vous ne l'êtes, Monsieur Bord, mais je trouve que cette situation est plus que grave. Elle est vraiment problématique, non seulement pour la population francophone, mais pour l'image entière du bilinguisme, dont Bienne est la ville porteuse. Je suis bien consciente, que la qualité des personnes est en cause lors d'un engagement, mais quel est le message donné à des candidats potentiels francophones, alors que la hiérarchie est alémanique, indépendamment du Conseil municipal? Là, un vrai problème réside, qui est davantage dans la sensibilité de la culture francophone. Donc, je suis très heureuse d'apprendre la création de ce groupe de travail, qui va prendre en charge cette affaire de manière sérieuse et identifier les causes de la sous-représentation romande au niveau des cadres. Mais, ma question principale est: comment le Conseil municipal et les différents départements ont-ils pu laisser une telle situation s'installer? Les francophones ne sont pas nouveaux à Bienne, que je sache? J'espère, que ce groupe de travail arrive à trouver et à identifier les raisons et de justes motifs. Je trouve, que le Conseil municipal est un peu frileux dans sa réponse, car je ne souhaiterais pas seulement identifier les problèmes, mais que le Conseil municipal se fixe des objectifs clairs, dans des délais impartis, de manière à pouvoir remédier à cette situation, indépendamment aux raisons qui seront identifiées.

Fehr Erich, maire: La situation n'est pas satisfaisante et il est clair, que l'engagement de ces cinq secrétaires généraux adjoints fait mal aux yeux et au ventre. Ceci est tout à fait compréhensible. Mais, il est important de savoir, que les cinq engagements ont eu lieu à titre individuel par les cinq directions, en collaboration avec le Département du personnel. Les besoins et exigences spécifiques de chaque direction ont ainsi été pris en compte. Mais que l'image dans son ensemble ne soit pas satisfaisante et demande des mesures, ceci est incontesté. Le Conseil municipal souhaite aussi, à l'avenir, renoncer à des quotas car avec une proportion de 57% de germanophones

et de 43% de francophones, avec une tendance à la hausse du côté des francophones parmi la population biennoise, il ne faut pas avoir besoin de faire recours à des quotas. Dans un autre contexte mon collègue, Monsieur Némitz, a dit que les romands ne seront bientôt plus une minorité à Bienne. Le Conseil municipal partage l'avis de Monsieur Bord, selon lequel une répartition linguistique représentative des collaborateurs et collaboratrices à tous les niveaux hiérarchiques et dans toutes les entités organisationnelles est absolument indispensable dans une ville réellement bilingue. C'est pour cette raison, que le Conseil municipal a décidé de mettre en place un groupe de travail.

Par contre, je ne peux pas partager l'impression de Madame Gonzalez, qui parle d'une réponse frileuse. Avant de remédier au problème, il faut connaître les raisons. C'est ce que le Conseil municipal veut faire. Le groupe de travail sera chargé d'analyser pourquoi les candidatures romandes sont souvent en minorité, ce qui est probablement l'une des causes de l'engagement insuffisant de personnes de langues française. C'est la même chose parmi les membres du Conseil de ville. Lors des élections, sur l'ensemble des candidatures, le nombre de personnes francophones élues est à peu près égale aux candidatures francophones. Donc, on peut s'imaginer qu'il n'y a pas un nombre suffisant de francophones engagés.

Dans une première phase, le groupe de travail discutera des résultats de son analyse avec la Conférence des secrétaires généraux et secrétaires générales, puis présentera son rapport au Conseil municipal au plus tard jusqu'à sa séance du 28 mars 2018. Un délai entre décembre et mars (3 mois) est un délai très ambitieux! Ce processus est très important pour que les solutions proposées soient portées par tout le monde. Si des moyens pour remédier à cette situation insatisfaisante sont recherchés, il faut que tout le monde les mette en pratique. Ceci est réalisable seulement si les personnes sont impliquées le long du processus. Il n'est pas possible de développer ces mesures dans la fameuse "tour d'ivoire" et ensuite les mettre sur la table du Conseil municipal. Le processus pour arriver aux solutions qui permettront une situation meilleure à l'avenir est tout aussi important que le résultat final. Mais, le vrai résultat final sera l'engagement de davantage de francophones, surtout au niveau des cadres.

Juste une remarque encore Monsieur Bord, votre critique vis-à-vis du Chef d'orchestre, je ne la comprends pas. Vous savez très bien, que le Maire n'est pas un "CEO". Parfois, j'aurais peut-être le souhait de l'être et parfois pas... Mais, les critiques à mon égard ne sont pas justifiées, vu les chiffres qui concernent la Mairie, tant au niveau des cadres qu'au niveau de l'ensemble de mon personnel. Il faut adresser les critiques là où elles doivent être, mais il faut aussi renoncer à les adresser où elles ne sont pas justifiées. Je vous le répète encore une fois et c'est expliqué dans la réponse, que l'engagement de ces cinq personnes a eu lieu à titre individuel par les cinq directions. Je l'ai dit en introduction, que cela provoque une mauvaise image pour la Ville de Bienne, qui n'est nullement contestable. Mais, je ne vois pas comment le Maire aurait pu imposer à un de ses quatre collègues l'engagement d'une personne francophone sous prétexte qu'il y a un quota de langue à remplir.

10. Dringliche Interpellation 20170284, Martin Wiederkehr, Fraktion SP/JUSO, "Die Versorgungssicherheit im Bereich Spitex ist gefährdet"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Interpellant ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP/JUSO: Mit welchem Hut stehe ich hier vorne? Als Sprecher der Fraktion SP/JUSO danke ich dem Gemeinderat für die Antwort. Aus Sicht der verantwortlichen Finanzdirektion habe ich Verständnis für die Erläuterungen. Die Fragestellung umfasst verschiedene Aspekte. Zwischen Kanton und den Gemeinden wird um Beiträge gerungen. Immer wieder werden auf allen Ebenen Sparübungen vorgenommen, zuletzt solche des Kantons zulasten der Gemeinden. Kostenumwälzungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden sind insofern auch bei der Spitex ein Thema.

Mit dem Hut des Präsidenten der Spitex Region Biel-Bienne möchte ich kurz über Ziel und Zweck dieses Vereins informieren. Ich zitiere aus den Statuten: *"Der Verein fördert, unterstützt und ermöglicht mit seinen bedarfs- und bedürfnisgerechten Dienstleistungen im medizinischen, pflegerischen, sozialen und hauswirtschaftlichen Bereich das Wohnen und Leben zu Hause. Die Dienstleistungen stehen der Bevölkerung aller Altersgruppen der Gemeinden Biel/Bienne, Evilard, Pieterlen und Lengnau zur Verfügung."* Finanzpolitisch teile ich die Meinung des Gemeinderats. Finanzpolitische Überlegungen mache ich mir aber auch als Präsident der Spitex Region Biel-Bienne. Als solcher bin ich verpflichtet, diesem Auftrag nachzukommen, ohne jedoch Schulden zu machen. Meine Damen und Herren, beauftragen Sie einen Handwerker, verrechnet dieser Ihnen einen Stundenlohn von ca. CHF 80.00 bis 100.00 zuzüglich die Wegkosten. Alles zusammen ergibt dann eine erstaunlich hohe Summe, es sei denn, ein Familienmitglied erledigt die Reparatur für ein Bier... Spass beiseite: Spitex soll eine Dienstleistung erbringen, die, inklusiv Wegzeiten weniger als CHF 50.00 kostet. Wie kann so kostendeckend gearbeitet werden? Wer zahlt das daraus resultierende Defizit? Ich trage die Verantwortung für diese Organisation. Im Leistungsvertrag mit dem Kanton wurden in den Bereichen Hauswirtschaft und Sozialbetreuung die kantonalen Beiträge derart zusammengestrichen, dass die Vergütungen weit unter CHF 80.00 pro Stunde zu liegen kommen. Für eine solch tiefe Entschädigung arbeitet niemand. Die Leistungen dürfen nicht weiter gekürzt werden! Ich gelange deshalb mit meinem Anliegen an die Stadt Biel. Der bernische Grosse Rat hat bereits 2016 beschlossen, die Vertragsbestimmungen in den Bereichen Hauswirtschaft und Sozialbetreuung zu ändern. Schon anfangs 2017 wurden deshalb die Tarife gesenkt. Um welche Leistungen geht es? Betroffen sind ärztlich verordnete Dienste und Leistungen in Kombination mit der Grund- und Behandlungspflege, wenn der zeitliche Aufwand unter einer Stunde liegt. Für diese Leistungen muss neu ein Ansatz von weniger als einer Stunde, aber zusätzlich Wegzeit verrechnet werden. Selbstredend müssen diese Leistungen aber auch von qualifiziertem Personal erbracht werden.

Den neuen Leistungsvertrag 2018 mit dem Kanton habe ich nicht unterschrieben, denn ich kann nicht hinter den erwähnten Kürzungen stehen. Sie verletzen die Interessen des Personals, gefährden die gute Qualität der erbrachten Leistungen und

decken sich nicht mit den finanzpolitischen Überzeugungen der Spitex. Was bedeutet das für die Stadt Biel? Die Spitex Region Biel-Bienne hat keine Verpflichtung mehr, Leistungen zu erbringen. Dienstleistungen werden nur noch erbracht, wenn sie vergütet werden. Die Stadt Biel mit ihren vielen Ergänzungsleistungsbeziehenden wird nicht mehr betreut.

Mit dem Hut des besorgten Bürgers frage ich Sie, wer wird stattdessen diese Arbeiten verrichten? Die von der Spitex erbrachten Betreuungs- und Pflegeaufgaben sind für Privatpersonen kaum finanzierbar. Private Organisationen wählen sich ihre Klientel schon heute aus und verlangen mehr Geld. In Biel hingegen ist es sehr oft das Sozialamt, Herr Feurer, das für die Bezahlung der Rechnung aufkommt oder die Hauspflege wird gar nicht mehr gewährt. Werden diese Pflegeaufgaben nicht mehr wahrgenommen, hat dies schlimme Folgen für die Gesundheit unserer Bevölkerung.

Ich bin von den Antworten des Gemeinderats befriedigt bis auf diejenige zu Frage 3, *"Der Gemeinderat hat nicht vor, mit der Spitex Biel-Bienne Region einen zusätzlichen Leistungsvertrag abzuschliessen."* Ich fordere den Gemeinderat auf zu prüfen, ob es nicht sinnvoll wäre, nachdem der Kanton die Finanzierung nicht mehr übernimmt, mit den entsprechenden Organisationen seinerseits einen Leistungsvertrag abzuschliessen. Die Stadt hat gegenüber der Bieler Bevölkerung eine Versorgungspflicht, auch wenn sie die Leistungen nicht selber bezahlen kann. In der Vergangenheit war Spitex verpflichtet, die Versorgung zu übernehmen, selbst dann, wenn offene Rechnungen über ein Jahr nicht bezahlt wurden.

Ich danke Ihnen für das aufmerksame Zuhören. Der neue Leistungsvertrag mit dem Kanton muss noch ausgehandelt werden. Der Verein Spitex Region Biel-Bienne sieht aber bei weiteren Kürzungen nicht, wie er die Versorgungspflicht für die Stadt Biel weiterhin wahrnehmen können soll.

Steidle Silvia, directrice des finances: Vous avez raison, cette interpellation a été déposée dans le cadre de la décision du Programme d'allégement 2018 du Canton de Berne, raison pour laquelle la réponse à l'interpellation est aussi très fortement empreinte de réflexions en matière de politique financière. Il y a une autre raison, Monsieur Wiederkehr, pourquoi la Direction des finances a pris la peine de mener le "lead". Rappelez-vous, il y a deux années de cela, c'est la même direction qui avait aussi traité la demande de prêt d'un mio. fr., qui a été accordé par le Conseil de ville, pour que l'organisation Spitex BielBienne Regio puisse faire face à son manque de liquidité en début d'année. En effet, le Canton paye sa subvention plus tard dans l'année. C'est en raison de ce lien actuel de la Direction des finances avec Spitex Biel/Bienne Regio (mariage contre nature), qu'il a été possible d'accorder ce prêt. Si le Canton a pris certaines décisions en matière de soins à domicile, ce n'est pas pour autant que les villes et les communes de ce Canton n'ont pas rendu attentifs les député(e)s, que des répercussions financières négatives auront des conséquences sur les finances communales. En raison de la fragilité des finances de la Ville de Bienne, mais aussi d'autres communes, ces répercussions ne pourraient pas se faire facilement. Je ne suis pas ici pour vous répondre, d'ailleurs votre interpellation ne pose pas des questions en matière de santé. C'est peut-être quelque chose qui va suivre. Mais, je suis ici juste pour rappeler que malgré les engagements du Conseil municipal, des décisions ont été prises. Nous saurons à partir de 2019 quelles sont ces répercussions également sur les autres organisations et le Conseil municipal

s'engage également pour que, à l'avenir, ces répercussions financières ne soient pas faites uniquement sur les villes et les communes. Il n'est pas possible, aujourd'hui, de chiffrer quels sont les montants qui devraient ou qui pourraient être demandés aux villes et aux communes, mais il faut effectivement suivre cet objet avec beaucoup d'attention, puisque comme vous l'avez rappelé, cela aura également des conséquences sur notre population.

11. Dringliche Interpellation 20170288, Anna Tanner, SP, Dana Augsburger-Brom, SP, Muriel Günther, SP, "Sparmassnahmen Kanton Bern: Wie reagiert die Stadt Biel?"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Die Interpellantinnen sind von der Antwort **befriedigt**.

Augsburger-Brom Dana, SP: Die Interpellation stellt Fragen zu den Sparmassnahmen des Kantons und betrifft daher dasselbe Thema wie das vorangehende Geschäft. Die Interpellantinnen danken dem Gemeinderat für die Beantwortung. Mit der Zusammenstellung einiger Zahlen wäre die Beantwortung allerdings hilfreicher gewesen. Zahlenmaterial wurde aber nicht konkret verlangt und wäre zum Zeitpunkt der Beantwortung wohl nicht verfügbar gewesen. Wir reichten die Interpellation ein, weil wir uns auf das weitere Vorgehen in Bezug auf die kantonalen Sparmassnahmen vorbereiten wollen. Die geplanten Sparmassnahmen sind allgemein bekannt. Während der letzten Grossratssession wurde in den Medien täglich darüber berichtet. Gespart werden soll in den Bereichen Bildung, Alter, Invalidität, Psychiatrie, Schulen, Gesundheit, Soziales, somit alle Bereiche, die für die Allgemeinheit wichtig sind. Als weitere Sparmassnahme soll die Schule am Morgen erst eine Lektion später beginnen, weil in den öffentlichen Verkehrsmitteln kaum mehr Platz für junge Menschen vorhanden ist. SchülerInnen und Studierende sollen also auf Bildung verzichten, weil kein Platz in den Verkehrsmitteln vorhanden ist, das finde ich unerhört! Natürlich sind aber auch vor allem bei der Sozialhilfe Kürzungen vorgesehen. Warum soll die Allgemeinheit ausgebeutet werden? Gerade die Steuerzahlenden sollen schliesslich auch etwas zurückbekommen. Vorgesehen werden aber Steuergeschenke an Unternehmen... Gleichzeitig werden auch immer mehr Stellen abgebaut. Was haben also die Steuerzahlenden von einem Steuergeschenk an die Unternehmen, wenn nicht einmal die Arbeitsplätze dort bestehen bleiben? Die Ablehnung der letzten Unternehmenssteuerreform (USR III) war ein Erfolg. Bereits ist aber ein neues Projekt zur Unternehmensbesteuerung in Vorbereitung. Was kann dagegen unternommen werden? Ich bin davon überzeugt, dass die Stadt Biel bei der Ablehnung der USR III eine entscheidende Rolle inne hatte. Die vorliegende Interpellation soll die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, aufzeigen. Angesichts der drohenden Mindereinnahmen bei den Steuern ist der Gemeinderat beim Kanton vorstellig geworden und diskutiert auch mit anderen Städten, wie weiter vorgegangen werden soll. Für diese ersten Schritte des Gemeinderats bedanke ich mich. Das Referendum gegen das kantonale Steuerpaket ist bereits geplant. Parallel dazu hat die Unterschriftensammlung für die 99%-Initiative der JUSO begonnen. Deren Ziel ist es, 99% der Bevölkerung steuerlich

zu entlasten und dafür das reichste Prozent der Bevölkerung gerecht zu besteuern. Das gilt es bei den bevorstehenden Grossratswahlen gut zu überlegen. Stadtrat und Bevölkerung haben es gemeinsam in der Hand und sollen nicht alles dem Gemeinderat überlassen. Dieses Thema dürfte den Stadtrat in nächster Zeit beschäftigen und ich rufe alle Mitglieder auf, die nächste Steuerreform des Kantons zu bekämpfen.

Grupp Christoph, Grüne: Ich möchte mich zur Grossratsdebatte zum Entlastungspaket 2018 des Kantons Bern in der Session von vergangenem November und Dezember äussern. Inzwischen sind alle vorgesehenen Massnahmen bekannt. Der "Worst case" ist für die Stadt Biel nicht eingetroffen. Verschiedene vom Regierungsrat vorgeschlagene Massnahmen wurden vom Grossen Rat abgelehnt. Dazu zähle ich vor allem Massnahmen, die zulasten der Gemeinden getroffen worden wären. Im Bereich Tourismus konnte das Schlimmste abgewendet werden und verschiedene kleinere Kostenfaktoren wurden abgeschwächt. Ich frage mich aber, wieviel dies der Stadt Biel nützt. Die Gemeinden haben eine starke Lobby im Grossen Rat. Insbesondere der Verband der Berner Gemeinden, zu welchem auch die Stadt Biel gehört, hat im Vorfeld der Debatte im Kantonsparlament sehr gut lobbyiert und einiges erreicht. Schmerzhaftes Einschnitte wurden dort vorgenommen, wo keine Lobby vorhanden ist. Spitex hat versucht, auf das Sparpaket Einfluss zu nehmen und hat leider nur eine Verschiebung um ein weiteres Jahr erreicht. Danach werden die Sparmassnahmen wirksam. Im Sozialbereich sind die Einschnitte ohnehin äusserst gravierend, gleiches gilt für die Sportförderung. Diese Massnahmen werden auch in Biel spürbar sein. Auch im Bieler Stadtrat werden immer wieder Sparrunden verhandelt. Allerdings wird hier auf die "Opfersymmetrie" geachtet, d.h. es wird nicht nur bei den Ausgaben gespart, sondern auch die Einnahmen müssen optimiert werden. Das Ziel ist, dies ausgeglichen zu handhaben. Im Kanton Bern wurden alle Vorschläge für Steuererhöhungen abgelehnt. Ein Vorstoss zur Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer, nachdem der Kanton diese im Jahr 2011 auf ein schweizweit tiefes Niveau gesenkt hat, wurde abgelehnt. Die Überlegung hinter dieser Steuersenkung ist eine Entlastung von Grossunternehmen, damit diese im Kanton Bern bleiben und sich eventuell neue Firmen ansiedeln. Weltweit gibt es jedoch wenig Anhaltspunkte, wonach sich solche Massnahmen wie beabsichtigt auswirken. Ich bedaure immer noch, dass die Korrektur der tiefen Motorfahrzeugsteuern gescheitert ist. Für alle Motorfahrzeugbesitzenden wäre die Steuererhöhung ein wenig schmerzhaft gewesen, auch wenn so keine Lenkung bewirkt worden wäre. Eine tiefe Motorfahrzeugsteuer bringt der Wirtschaft keinen Nutzen, damit werden auch keine Neuzuziehenden angelockt. Eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern hätte aber in Bereichen mit einem volkswirtschaftlichen Nutzen für Entlastung gesorgt. Die Frage, was die Stadt Biel unternehmen kann, ist schnell beantwortet. In zwei Monaten sind die Wahlen für Kantonsregierung und -parlament. Es gilt zu entscheiden, in welche Richtung sich der Kanton weiterentwickeln soll. Sollen Sparmassnahmen nach dem Prinzip Hoffnung getroffen werden oder soll sich der Kanton so entwickeln, dass ein Aufschwung einsetzt von dem alle profitieren würden.

Suter Daniel, PRR: La campagne électorale cantonale bat son plein. Les collègues de gauche abusent du Parlement de la Ville pour mener leur campagne. C'est complètement "à côté de la plaque". C'est un abus de la situation. C'est très clair, le but du Canton était d'alléger le budget. Il prévoit ainsi d'alléger les finances cantonales de 185 mio. fr. par an à partir de 2021. Aujourd'hui dans les journaux, le

Président du Gouvernement, Monsieur Pulver, considère que ce Programme d'allègement 2018 (PA 2018) est tout à fait supportable. Les décisions ont été prises sur la base d'une étude, qui comparait le Canton de Berne avec d'autres cantons. Dans divers domaines de tâches sensibles, tant sur le plan politique que social, le Canton de Berne prévoit des réductions. Je confirme les propos du Conseiller d'État Pulver, que le PA 2018 est tout à fait supportable et surtout, que nous ne sommes pas ici pour refaire la séance du Grand Conseil du mois de novembre. Je vous prie donc de terminer cette discussion.

Hamdaoui Mohamed, PSR: Monsieur Suter, vous venez de dire qu'il ne faut pas lancer la campagne électorale. Je me permets juste de rappeler, que les élu(e)s du PLR au Grand Conseil ont voté contre la Directrice des finances de la Ville de Bienne!

Steidle Silvia, directrice des finances: Madame Augsburg, vous regrettez qu'il n'y ait pas des chiffres. Il n'était pas possible de donner des chiffres au moment de la réponse, mais ils seront bientôt publiés. Une intervention de Monsieur Bord a été déposée un mois plus tard après la vôtre, avec les mêmes questions et le Conseil municipal pourra donner quelques indications lors de sa réponse à l'intervention. Les discussions sont actuellement en cours avec le Canton. Une rencontre est prévue le 6 février 2018 pour voir comment les mesures décidées par le Grand Conseil seront mises en place. Monsieur Grupp, vous avez raison, l'engagement des villes et des communes bernoises ainsi que de l'Association des communes bernoises a quand même permis de rappeler au Canton les principes de la répartition des charges et de lui rappeler qu'il faut qu'il respecte ses engagements. Monsieur Hamdaoui, les député(e)s, de gauche ou de droite, ont fortement soutenu les demandes des communes pour qu'effectivement le Canton ne répercute pas tout simplement ces frais sur le compte des villes et des communes. Monsieur Suter, il faut le rappeler et c'est important, ce n'est pas parce que le Gouvernement cantonal estime ces économies supportables, qu'elles le sont aussi pour les villes et les communes. Ces économies ont été analysées dans leur ensemble. Elles auront des répercussions et la question que nous devons nous poser, ici dans ce Parlement, c'est: est-ce que ces reports de frais sont supportables pour notre Ville? Le Conseil municipal table à court terme avec des frais supplémentaires annuels d l'ordre de 525'000 fr. et à moyen terme de quelque 1.3 mio. fr. Il est probable que la population biennoise soit touchée directement par les incidences du PA 2018 en ce qui concerne le report du financement de la 10^{ème} année (formation). En ce qui concerne la garantie du minimum vital et de l'intégration, diverses offres déjà existantes sont en danger et des réalisations prouvées dans le domaine de la dépendance sont remises en question. En ce qui concerne les impôts, il faudra s'attendre à une récupération par le Canton des tâches d'encaissement et d'imposition à la source. Ces répercussions négatives auront des conséquences. Est-ce supportable? La Ville veut-elle alourdir son budget de l'ordre de 1 à 2 mio. fr., sans compter les répercussions qui ne sont pas chiffrables, notamment dans le domaine des soins à domicile? Le Conseil municipal devra répondre très rapidement à ces questions puisque ces mesures entreront en vigueur à partir de 2019.

12. Dringliche überparteiliche Interpellation 20170285, Urs Scheuss, Grüne, Muriel Günther, JUSO, Anna Tanner, SP, "Handhabung bei politischen Kundgebungen"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Die Interpellierenden sind von der Antwort **nicht befriedigt**.

Scheuss Urs, Grüne: Von der Antwort des Gemeinderats bin ich ganz und gar nicht befriedigt. Neben den vielen Punkten, die nicht in Ordnung sind, gibt es aber auch Erfreuliches. Die Demonstration "Biel wird laut" hat am 23. September 2017 stattgefunden. Die Manifestation war ein voller Erfolg und die grösste Demo in Biel seit Jahrzehnten. Gegen 4'000 Teilnehmende sind für ihre Stadt auf die Strasse gegangen. Friedlich und laut wurde gerufen "So nicht!" zu einem völlig überdimensionierten Autobahnprojekt mit zwei Anschlüssen mitten in der Stadt. Die Diskussion über diesen Irrsinn findet anderswo statt und muss nicht hier geführt werden. Die Demo "Biel wird laut" hat dazu beitragen, dass wir in den Verhandlungen weiterkommen. Ich danke allen, die an dieser wunderbaren, erfolgreichen Kundgebung mitgeholfen haben. Die Idee gab es schon lange und die Vorbereitungen begannen schon letzten Frühling. Schon vor den Sommerferien wurde mit der Stadtverwaltung die Route vereinbart. Durch viel Engagement und Freiwilligenarbeit nahm die Demo Gestalt an. Ganze vier Tage vor dem Termin hiess es dann plötzlich, die Schlusskundgebung könne nicht auf der Esplanade stattfinden sondern müsse hinter den Chessu verlegt werden, weil das Jodlerfest im Kongresshaus nicht gestört werden dürfe. Da stimmt doch etwas grundsätzlich nicht! Eine Demonstration muss per Definition von der Öffentlichkeit gesehen werden. Klar ist auch, dass eine Kundgebung vielleicht stört. Vielleicht stört sie das ansässige Gewerbe oder Leute, welche die Innenstadt besuchen. Auch gibt es verschiedene Gruppen, die lieber gar keine Demonstrationen hätten. Ihnen kann aber nicht entsprochen werden, weil eine Demonstration eben sichtbar sein muss. Soll nun aber für das Jodlerfest der Demonstrationzug verlegt werden, ist das eine Ungleichbehandlung. Nicht in Ordnung ist ebenfalls, dass den Organisierenden die Änderung erst kurz vor der Kundgebung mitgeteilt wurde. Die geplanten Sicherheitsabklärungen mussten kurzfristig umdisponiert werden. Hat es an der engen Stelle hinter dem Chessu überhaupt Platz für die Schlusskundgebung? Diese Situation forderte das Organisationskomitee. Dies umso mehr als 24 Stunden später plötzlich wieder die Esplanade für die Schlusskundgebung eingeplant wurde. Wie kam es dazu? Offenbar wurde auf den Entscheid "von oben" eingewirkt. Gerüchteweise war es der Sicherheitsdirektor selber, der sich eingemischt hat, die Aussagen waren jedenfalls widersprüchlich. In der Antwort des Gemeinderats steht, dass die Abteilung öffentliche Sicherheit für die Bewilligung des Demonstrationzuges zuständig ist, die Direktion für Soziales und Sicherheit soll lediglich informell beigezogen werden. Was heisst "informell einbeziehen" in einem Bewilligungsverfahren? Informell könnten alle möglichen Stellen und Personen einbezogen werden. Wieso wurde nicht ich oder Kollege Bohnenblust beigezogen? Er hätte vielleicht auch noch etwas dazu zu sagen. Aus meiner Sicht ist das Bewilligungsverfahren nicht korrekt abgelaufen. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, die Kompetenz für die Sicherheitsbeurteilung liege bei der Sicherheitsdirektion in der Abteilung öffentliche Sicherheit. Es geht doch darum, dass

der Gemeinderat seiner Aufsichtspflicht nicht nachkommt und den zuständigen Direktor darauf hinweist, das Verfahren korrekt durchzuführen. Insofern hat der Gemeinderat nicht auf meine Frage geantwortet. Dazu habe ich zwei weitere Fragen.

1. In der Antwort zu Frage 3 (Verbesserung der Kommunikation und dem Austausch zwischen den städtischen Verwaltungsstellen): Wie ist der Stand der erwähnten Analyse und welche Massnahmen wurden bereits getroffen oder werden noch geprüft?
2. In der Antwort zu Frage 5 (die sehr kurz ausgefallen ist) geht es um die Wiederherstellung des Vertrauens der Organisatoren von Kundgebungen: Haben die Organisatoren bestätigt, dass das Vertrauensverhältnis nicht beeinträchtigt ist? Gab es eine Aussprache mit den Organisatoren und falls ja, wann fand diese statt?

Bohnenblust Peter, FDP: Nachdem Herr Scheuss mich erwähnt hat, sage ich gerne etwas dazu. Ich habe am 11. September 2017 eine E-Mail an das Organisationskomitee geschrieben. Ich wollte wissen, ob, wie auf dem Flyer für die Kundgebung erwähnt, eine Bewilligung dafür vorliegt. Ich habe bis zur Demonstration vom Organisationskomitee keine Antwort erhalten. Es stellte sich heraus, dass zum Zeitpunkt meiner Anfrage die Bewilligung, entgegen der Behauptung im Flyer, nicht vorlag. Gemäss Reglement reicht eine mündliche Bewilligung nicht aus.

Scherrer Martin, SVP: Hier zeigt sich wieder einmal, dass es Herr Scheuss mit der Wahrheit nicht so genau nimmt. In der Interpellation behauptet er, dass sich Herr Feurer eingemischt habe, was ich als persönlichen Angriff auf Herrn Feurer wahrnehme. Heute musste er bereits eingestehen, dass er sich bei seiner Behauptung auf ein Gerücht abstützte. Unter haltlosen Behauptungen verstehe ich nicht politische Arbeit. Es ist nicht korrekt, wenn aufgrund von Behauptungen Personen angegriffen werden. In der Beantwortung des Gemeinderats steht klar, dass die zuständigen Behörden über die Bewilligung der Kundgebung entschieden haben, nicht Herr Feurer. Es ist an den Interpellanten, nun ihrerseits das Vertrauensverhältnis wiederherzustellen, nicht an der zuständigen Organen.

Scheuss Urs, Grüne: Zur Erinnerung, Herr Kollege Scherrer: Die Interpellation wurde kurz nach dem Bekanntwerden der Verlegung der Schlussveranstaltung eingereicht. Damals stand die Aussage im Raum, dass eine direkte Einflussnahme des Sicherheitsdirektors erfolgt sei. Belegbare Fakten dazu fehlen bis heute. Sicher ist aber, dass irgendetwas nicht korrekt abgelaufen ist.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Als wichtigsten Punkt möchte ich hier betonen, dass das oberste Ziel des Gemeinderats die Gewährung der Rede-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit ist. Selbstverständlich muss auch die Sicherheit für die Bevölkerung und die Teilnehmenden dieser Veranstaltungen gewährleistet werden. Hinzu kommt die Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs. Diese verschiedenen Interessen führen bei den Organisierenden der Veranstaltungen zu Diskussionen. Weder der Gemeinderat noch die betroffenen Dienststellen meiner Direktion hatten zu irgendeinem Zeitpunkt die Absicht, das Recht auf die Demonstrationsfreiheit zu unterbinden oder zu erschweren. Umso mehr, als das Thema der Kundgebung, die geplante Autobahnumfahrung, für die gesamte Stadtbevölkerung wichtig ist.

Zur Frage von Herrn Scheuss zur Verbesserung der Kommunikation: Im Vorfeld der Demonstration, die mit einer anderen Veranstaltung zusammengefallen ist, gab es tatsächlich Kommunikationsprobleme. Der Informationsaustausch zwischen der Abteilung Sicherheit und der CTS SA soll in Zukunft verbessert werden. Kurz vor den Weihnachtsferien fand eine wertvolle und zielführende Sitzung mit allen Beteiligten statt. Es wurde festgelegt, wie zukünftig besser und frühzeitiger informiert werden kann, damit rechtzeitig Lösungen bereitstehen.

Was das Vertrauensverhältnis anbelangt, Herr Scheuss: Weder ich noch die Abteilung Sicherheit haben Hinweise, wonach das Vertrauensverhältnis schwerwiegend gestört sei. Im Gegenteil, ich selber habe eine E-Mail-Nachricht eines verantwortlichen Mitorganisators für die Demonstration erhalten. Darin bedankt er sich, dass ich nicht persönlich interveniert habe und zeigt sich nach wie vor an einer guten Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden interessiert. Dieser Mitteilung entnehme ich, dass das Vertrauensverhältnis offenbar nicht getrübt ist.

Sitzungsunterbruch 19.50 Uhr - 20.55 Uhr

13. Dringliche überparteiliche Interpellation 20170287, Anna Tanner, SP, Judith Schmid, PdA, "Wohncontainer als Unterkunft für Asylsuchende"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Die Interpellantinnen sind von der Antwort **nicht befriedigt**.

Schmid Judith, PdA: Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Die Interpellantinnen sind von der Beantwortung leider nicht befriedigt. Die Antworten sind äusserst knapp gehalten. Beunruhigend sind auch die Widersprüche, zu Punkt 3, beispielsweise die Erwähnung von Standards zur Unterbringung von Asylsuchenden, wo doch in Punkt 6 darauf hingewiesen wird, dass es keine Standards gäbe... Gibt es jetzt solche oder nicht? Zum Teil sind die Antworten auch fehlerhaft. In der Antwort zu Punkt 7 steht, dass bis zu vier Menschen in einem Container untergebracht werden sollen. Glücklicherweise stimmt diese Angabe nicht. Es leben maximal zwei Personen in einem Container, was mich bei meinem heutigen Besuch sehr beruhigt hat. Weitere Fragen wurden unbefriedigend abgeklärt. Die Interpellantinnen mussten bei der Direktion Soziales und Sicherheit nachfragen. Der Direktor, Herr Feurer, hat mich schliesslich an den Kanton weiterverwiesen. Aber auch da scheint meine E-mail-Nachricht die zuständige Person nicht erreicht zu haben. Ich habe deshalb heute Vormittag die Containersiedlung besucht um mir ein eigenes Bild zu machen. Das empfehle ich Ihnen allen! Auch wenn die Verantwortung für die Unterbringung der Asylsuchenden beim Kanton liegt, steht die Kollektivunterkunft doch auf Bieler Boden. Die Menschen leben dort sehr abgeschottet, gleich neben der Autobahnausfahrt in behelfsmässigen Einrichtungen. In der Beantwortung wird darauf hingewiesen, dass auch Bauarbeiter in Containern wohnen. Im Gegensatz zu den Asylsuchenden sind die Container für die Arbeiter nur eine Übernachtungsmöglichkeit. Sie halten sich nicht 24 Stunden an diesem Ort auf. Um die Situation für die Geflüchteten erträglicher zu gestalten gibt es Ideen sowie

kleinere und grössere Projekte. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Stadt an dem einen oder anderen Projekt beteiligen oder zumindest die freiwillig engagierten Beteiligten bestmöglich unterstützen würde.

Francescutto Luca, UDC: Je m'adresse directement aux personnes ayant déposé cette interpellation. Vous posez mille questions sur la qualité des logements qui accueillent des réfugiés. Est-ce humainement respectable, y a-t'il des toilettes séparées, les femmes seront-elles respectées, etc.? Je voudrais juste vous rappeler quelques faits. Pendant dix ans, des ouvriers ont vécu dans ces mêmes containers, travaillant en équipe à raison de dix heures par jour, 6/7 jours. Ces saisonniers, pour la plupart autrichiens, ne voyaient leur famille que rarement. Ils ont vécu dans ces mêmes containers, pourtant personne d'entre vous ne s'y est intéressé. Personne de vous ne leur a demandé s'ils étaient satisfaits des conditions de logements. Je pense, que les futurs requérants seront déjà contents d'avoir un toit dans un environnement paisible, sans avoir peur de la répression, ni d'autres formes de terrorisme. De plus, les requérants présents sont en attente d'une réponse du Service de migration et non établis définitivement, mais provisoirement. Je me suis rendu sur les lieux et j'ai visité les locaux. J'ai même mangé avec les requérants d'asile et je peux vous dire, que j'ai déjà bien vu pire comme conditions de logement.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Nur als kurze Information: Frau Schmid, Sie haben bereits erwähnt, dass es wünschenswert wäre, wenn die Stadt Freiwilligenarbeit unterstützen würde. Es wurden bereits Besprechungen mit den betroffenen Organisationen für Freiwilligenarbeit durchgeführt. Der Gemeinderat unterstützt diese Initiativen und trägt sie mit.

Schmid Judith, PdA: Ich finde die Unterstützung für das «Haus pour Bienne» toll. Es werden Deutschkurse angeboten. Die Leute, die in den Containern untergebracht sind können jedoch diese Kurse nicht besuchen, weil sie sich keine ÖV-Fahrkarten leisten können. Dafür sollte eine Lösung gefunden werden, damit das Angebot auch wirklich von allen genutzt werden kann.

Francescutto Luca, UDC: Ce que vous venez de dire est faux. Ils ont reçu les billets de transport gratuitement, justement pour aller au Centre-ville sans problème. C'est le responsable des locaux, qui m'a donné ces informations.

14. Dringliche Interpellation 20170282, Daniel Suter, PRR, "Aufhebung von Parkplätzen im Rebberg-Quartier"

und

Dringliche Interpellation 20170283, Natasha Pittet, PRR, "Unterbrechung des Busbetriebs während 7 Monaten"

(Texte der dringlichen Interpellationen und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Der Interpellant der Interpellation 20170282 ist von der Antwort **befriedigt**

Die Interpellantin der Interpellation 20170283 ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

Suter Daniel, PRR: Je suis conscient que la réfection des canalisations dans un quartier d'habitations entraîne forcément des désagréments pour les riverains. En effet, la Haute-Route est étroite et très fréquentée. Le problème posé par mon interpellation n'est pas la suppression temporaire de places de stationnement. Il s'agit avant tout d'un problème d'information. En effet, la tendance générale est de supprimer dans les quartiers des places de stationnement en surface. Cette tendance est manifestement souhaitée par la branche la plus écologiste de ce Parlement. En l'occurrence, les places en zones bleues à la Haute-Route ont disparu, pratiquement du jour au lendemain, sans avertissement préalable. Cette mesure devait interpeller les riverains avertis, d'autant plus que la Ville avait publié préalablement une demande de permis de construire, pour la suppression de neuf places de stationnement à la Haute-Route, dans le contexte du réaménagement d'un arrêt de bus. Ce n'est qu'après le dépôt de la présente interpellation, alors que les places de stationnement avaient déjà été supprimées depuis plusieurs jours, qu'une information à ce sujet a été adressée aux riverains, d'abord par une lettre distribuée dans les quartiers, puis par la publication dans la Feuille officielle. Aujourd'hui, je suis rassuré, en apprenant que les places de stationnement supprimées, hormis les neuf qui font l'objet d'une demande de permis de construire, seront réinstallées à la fin du chantier. La Ville tient plus ou moins parole car à y regarder de plus près, il s'avère qu'elle ne s'est pas contentée de supprimer les places de stationnement, qui devaient temporairement l'être à cause du chantier. En réalité, ce sont toutes les lignes bleues qui marquaient ces places tout le long de la Haute-Route, entre la place de la Charrière et la rue du Stand, qui ont été fraisées et repeintes à grands frais. Ceci a été réalisé dans l'objectif de mettre ces places de stationnement en conformité avec les règlements applicables. Ainsi, les mêmes lignes ont été repeintes, mais environ un mètre et demi ou deux en retrait d'entrées de maison ou de garages, entraînant la perte de nombreuses places, alors que ces mêmes espaces servaient à stationner les voitures depuis toujours, sans gêner personne. Les riverains sont embêtés et ils doivent trouver des solutions. Il semble que les services concernés de la Ville n'ont pas reçu de réclamation à ce sujet. Personnellement, j'ai été interpellé à plusieurs reprises. Le règlement c'est le règlement, certes, mais faut-il l'appliquer avec un tel acharnement? En principe, toutes applications d'un règlement ne devraient pas exclure un certain bon sens. Mais, manifestement le bon sens varie d'une sensibilité politique à l'autre. En conclusion, je remercie le Conseil municipal de ses réponses et j'espère avoir dorénavant une politique d'information plus proactive, dans une telle situation. J'attends avec intérêt le rétablissement des places de stationnement supprimées après la fin du chantier en question. En même temps, je reste préoccupé par la disparition systématique de places de stationnement en surface dans les quartiers. Dans ce cas, c'est comme si la Ville avait profité de l'occasion pour en supprimer encore quelques-unes!

Pittet Natasha, PRR: Je viens vous parler de l'interpellation 20170283 "Interruption du service de bus pendant sept mois" (rue de la Source jusqu'à la place de la Charrière). Les habitant(e)s du quartier subissent cette interruption depuis le mois de septembre 2017 et ceci jusqu'au mois de mars 2018. J'ai déposé l'interpellation et le lendemain matin, j'ai appris que quatre petits bus circuleraient en remplacement, quatre fois par jour, tous les jours sauf le dimanche aux heures, qui visiblement arrangent l'entreprise Funicar (9h00, 11h00, 13h00 et 16h00), étant donné qu'il s'agit d'un bus scolaire. Les personnes qui m'avaient interpellée sur le trottoir pour se plaindre de la situation de l'annulation du bus m'ont dit: "Que vais-je faire en ville, si je

descends à 9h00 et que je dois attendre deux heures pour remonter, ce n'est pas possible!" Les habitant(e)s du quartier trouvent également très paradoxal, que l'information ait été communiquée seulement par affichages aux arrêts de bus et non pas par une information écrites dans les boîtes aux lettre. Une semaine après cette communication, les bus ont été supprimés. Cette même semaine, le Conseil municipal s'est entretenu avec la presse en communiquant qu'il souhaitait que les habitant(e)s se rendent en ville plus en transports publics et moins en voitures. Vu la situation dans ce quartier, beaucoup de personnes âgées doivent utiliser leur voiture pour se rendre en ville.

Je ne suis pas satisfaite, ni du manque d'informations, ni de la solution de remplacement. D'autres variantes (p.ex. Centre hospitalier en direction de la gare à partir de la station aval du funiculaire d'Evilard via rue des Alpes, faubourg du Lac et rue de l'Hôpital) ont été prises en compte, mais abandonnées en raison des effets négatifs en sens inverse et des coûts supplémentaires disproportionnés. Depuis le changement d'horaire, en décembre dernier, le bus 5 circule donc seulement de la gare jusqu'au Centre hospitalier, aller-retour. Donc, cela ne dérangerait pas les autres quartiers si l'horaire avait été rallongé, pour permettre cette boucle supplémentaire. Le collège de la Suze aux Alpes et l'École des Prés-Walker ont été informés de la suppression du bus, mais personne n'a pensé à la Filière bilingue (FiBi), qui a déménagé aux Prés-Ritter au mois d'août 2017. En effet, beaucoup d'enfants du quartier font ce trajet pour se rendre à l'école et remontent à midi. Ces enfants n'ont pas cinq ans et le trajet est trop long et trop dangereux pour eux. Donc, cette situation complique nettement la vie de tous les habitant(e)s du quartier. Ce n'est pas normal que la FiBi n'ait pas été informé de cette suppression du bus.

J'ai appris cette semaine, mais je ne sais pas si c'est vrai, qu'à la suite de ce chantier, donc fin mars, que de nouveaux travaux seront entrepris dans toute la partie basse de la rue des Alpes jusqu'à la rue de la Source. Les canalisations seront changées et j'imagine que si ces travaux sont entrepris, le bus sera à nouveau supprimé. J'ai posé la question à Madame Schwickert par mail aujourd'hui, mais je n'ai pas encore eu de réponse. À ce moment-là, j'aimerais bien savoir si l'information sera claire et s'il serait possible de faire circuler le bus via le Funiculaire de Macolin/rue des Alpes, étant donné que les travaux dureront plus de sept mois. Je suis moyennement satisfaite de la réponse du Conseil municipal, donc pas satisfaite. Je trouve que l'information aurait dû être plus claire dès le début des travaux et que les habitant(e)s du quartier auraient dû être informé(e)s par courrier.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Die Bau- und Energiedirektion hat die beiden Interpellationen ausgelöst. Die Beantwortung zeigt aber auf, dass weitere Stellen wie die Präsidialdirektion, die Verkehrsbetriebe und sogar die Parkplätze (Direktion Soziales und Sicherheit) betroffen sind. Im Bereich der Kommunikation besteht sicher Verbesserungspotential. Im Austausch mit den Beteiligten stellte sich heraus, dass nicht immer vom gleichen Sachverhalt gesprochen wurde. Darin bestand dann auch die Schwierigkeit bei der Kommunikation nach aussen. So gut es ging wurde versucht, den Informationsfluss zu verbessern, teilweise wurde aber zu spät informiert.

Zur Frage nach den Kanalisationsarbeiten an der Alpenstrasse: Weil mir darüber nichts bekannt war, habe ich mich beim zuständigen ESB erkundigt und kann

bestätigen, dass an der Alpenstrasse keine Kanalisationsarbeiten geplant sind. Somit ist mit keiner weiteren Beeinträchtigung zu rechnen. Noch eine Bemerkung zum öffentlichen Verkehr: Der Betrieb eines Kleinbusses ist die absolute Ausnahme. Die Baudirektion fühlte sich genötigt, die unterbrochene Busverbindung mindestens teilweise zu kompensieren. Die Verkehrsbetriebe sind während Bauarbeiten nicht verpflichtet, den Betrieb aufrecht zu halten. In anderen Quartieren, wie z.B. während der Brückensanierung im Blumenrain (Lindenquartier), verkehrte ein Jahr lang kein Bus. Mehrere Bushaltestellen konnten nicht bedient werden. Dort wurde akzeptiert, was hier offenbar nicht akzeptiert werden kann. Der mehrmals täglich verkehrende Kleinbus kostet die Stadt mehrere zehntausend Franken. Dieser Betrag wird dem Baukredit belastet. Mit Blick auf die Auslastungsstatistik dieses Ersatzbusses, muss ich feststellen, dass jeweils nur zwischen null bis fünf Personen mitfahren, in der Regel sind es eine bis zwei Personen. Somit kann davon ausgegangen werden, dass sich die Anwohnenden für die Zeit der Bauarbeiten anderweitig organisiert haben. Der Kleinbus bleibt bis zum Abschluss der Bauarbeiten in Betrieb. Das Projekt verläuft gemäss dem Zeitplan. Die Arbeiten werden bis Ende März abgeschlossen, anschliessend wird der Verkehr wieder normal geführt.

15. Überparteiliches Postulat 20170162, Julien Stocker, GLP, Miro Meyer, JUSO, Lena Frank, Grüne, Anna Tanner, SP, Judith Schmid, PdA, "Autofreier Bahnhofplatz"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Stocker Julien, GLP: Ich möchte mich beim Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats bedanken. Die Verkehrssituation an der Kreuzung vor dem Bahnhofplatz ist schon seit längerer Zeit problematisch. Dort treffen motorisierter Individualverkehr (MIV), öffentliche Verkehrsmittel, Fussgänger und Veloverkehr aufeinander. Zu Stosszeiten ist die Verkehrslage besonders schlimm und führt nicht selten zu gefährlichen Situationen. Aus Sicht der Grünliberalen sollte der Bahnhof vor allem für Pendler und Zugreisende attraktiv sein. Für den MIV gibt es keinen Grund vor dem Bahnhofplatz zu zirkulieren. Reisende können beidseitig neben dem Platz abgeholt oder gebracht werden. Ich freue mich zu lesen, dass der Gemeinderat beabsichtigt, die Planung des Bahnhofplatzes nächstes Jahr wiederaufzunehmen. Die heutige Situation ist wohl für alle Verkehrsteilnehmenden nicht zufriedenstellend.

Moser Peter, FDP: Ich war seinerzeit ein Befürworter des ehemaligen Bahnhofplatzprojektes und habe mich aktiv dafür eingesetzt. Die damalige Verkehrslösung war ein Kompromiss, an dem alle Verkehrsteilnehmenden mitwirkten. Dieses Projekt wurde jedoch in der Volksabstimmung deutlich abgelehnt. Ursache dafür dürfte u.a. auch die, dem Projekt zugrundeliegende Verkehrsführung gewesen sein. Die Velofahrenden lehnten darüber hinaus ein unterirdisches Parking vehement ab. Der vorliegende Vorstoss zielt auf eine einseitige Verkehrsbefreiung. Die Fraktion FDP und auch ich selber lehnen das ab. Falls das Postulat erheblich erklärt und umgesetzt wird, werde ich dagegen Unterschriften sammeln. Der Gemeinderat hat den Auftrag, eine neue Vorlage für den Bahnhofplatz zu präsentieren. Die Fraktion

FDP erwartet ein gesamtheitliches Projekt und nicht Einzelmassnahmen. Im Mai 2016 wurde im Stadtrat die Motion von Niklaus Baltzer (20150108 Partielle Sperrung des Bahnhofplatzes für den MIV) behandelt. Damals ging es um eine versuchsweise Verkehrsbeschränkung zu den Hauptverkehrszeiten. Dies lehnte der Gemeinderat ab und empfahl, die Motion abzuschreiben. Der vorliegende Vorstoss wurde vor der Eröffnung des A5 Ostastes eingereicht. Seither hat sich die Welt in Biel verkehrstechnisch massiv verändert. Der Verkehr jedoch nimmt bekanntlich dennoch immer weiter zu. Die Situation auf dem Bahnhofplatz hat sich jedoch deutlich verbessert und beruhigt. Weitere Massnahmen sind nicht notwendig. Fazit: Die Fraktion FDP lehnt das Postulat klar ab. **Wird das Geschäft erheblich erklärt, beantragt die Fraktion FDP gleichzeitig dessen Abschreibung.**

Widmer Patrick, UDC: Lorsque j'ai lu le postulat, les poils se sont hérissés dans mon dos. De qui se moque-t'on? Une décision démocratique a été prise par le peuple à une très large majorité, il y a peu de temps de cela. La gauche remet le tout sur le tapis et relance toute l'histoire parce que ces parlementaires ne veulent pas accepter la décision du peuple. Si les "communistes" ne peuvent pas l'accepter, c'est leur problème, mais je trouve que c'est complètement aberrant, d'autant plus comme l'a dit Monsieur Moser, que le Conseil municipal prévoit de reprendre la planification de la place de la Gare en 2018. La circulation a extrêmement baissé dans notre Ville depuis l'ouverture de l'axe Est et tout le monde est content. Finissons ce projet, planifions les choses correctement et ce n'est pas en supprimant la circulation à la place de la Gare, que les problèmes seront résolus. Je me rallie à l'idée de Monsieur Moser de radier du rôle ce postulat.

Scheuss Urs, Grüne: Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Ich danke auch den PostulantInnen für den Vorstoss. Wir haben soeben gehört, das Anliegen sei eine Zwängerei. Die Neugestaltung und die Befreiung des Bahnhofplatzes vom Autoverkehr wurden bereits in einer Volksabstimmung verworfen. Ich teile die Interpretation von Herrn Moser, dass ein Kompromiss gefunden wurde. Ursprünglich war nur die Neugestaltung des Bahnhofplatzes in einem engen Perimeter vorgesehen. In der Absicht, dem Autoverkehr entgegenzukommen und auf Druck der Autolobby und der Bürgerlichen wurde dieser Perimeter ausgedehnt. Daraus entstand ein Kompromissprojekt, welches am Schluss niemanden richtig befriedigte. Der Kompromiss wäre aber vielleicht von Dauer gewesen. Danach passierte aber Unerhörtes: Teile der Autolobby und der Bürgerlichen scherten plötzlich aus und bekämpften die Vorlage. Einige wenige Bürgerliche stellten sich noch hinter das Projekt, viele aber schwiegen. Es wurde sichtbar, dass der erzielte Kompromiss nicht hielt. Die Konsequenz waren aufsummierte Nein-Stimmen.

Mich freut der vorliegende Vorstoss. Dieser schliesst faule Kompromisse mit einem unzuverlässigen Akteur aus. Gerade deshalb wird dem Anliegen, auch in einer Volksabstimmung, Erfolg beschieden sein. Das Postulat 20170162 ist für mich zukunftsweisend, erleben wir doch gerade wieder einen faulen Verkehrskompromiss. (nämlich die Autobahnumfahrung). Der Kompromiss besteht darin, dass dem Auto die Autobahn gegeben wird und den Fussgängern, Velofahrenden und dem ÖV die Stadt. Dazu braucht es aber verkehrlich flankierende Massnahmen (vfM). Damit wiederholt sich die Geschichte: der ACS, und die SVP bekämpfen die vfM und der TCS und die FDP schweigen dazu. Ich habe es bereits gesagt: Es gilt, sich vom Glauben, mit FDP,

TCS, ACS und SVP Verkehrspolitik zur Steigerung der Lebensqualität in dieser Stadt machen zu können zu verabschieden. Ich bitte Sie, dieses Postulat zu unterstützen.

Stocker Julien, GLP: Zuerst wende ich mich an Herrn Widmer zwecks Klarstellung: Ich bin kein Kommunist. Ich möchte daran erinnern, dass das ehemalige Projekt für den verkehrsfreien Bahnhofplatz ein Gesamtpaket gewesen war. Zu einem grossen Teil dürfte das Projekt aus finanziellen Gründen abgelehnt worden sein.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat respektive die Abteilung Stadtplanung der Präsidialdirektion möchte in diesem Jahr weitere Überlegungen zur Gestaltung des Bahnhofplatzes anstellen. Diese Aufgabe ist, wie soeben gehört, komplex, gehen die Vorstellungen doch weit auseinander. Der Gemeinderat hat jedoch erklärt, dass er es als wichtig erachtet, in Bezug auf den Bahnhofplatz vorwärts zu machen. Auch wurden schon verschiedene Vorstösse, die eine definitive Verkehrslösung rund um den Bahnhofplatz verlangen, eingereicht. Verkehrsfragen lassen sich bei der Neugestaltung des Bahnhofplatzes nicht ausblenden, alle Verkehrsteilnehmenden bleiben auf jeden Fall Teil der Lösung. Im vorliegenden Postulat 20170162 wird der Gemeinderat aufgefordert zu prüfen, ob der Bahnhofplatz vom Verkehr (MIV) befreit werden kann. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es sich lohnt aufzuzeigen was dies bedeuten würde. Deshalb muss die Situation im ganzen Perimeter unter Einbezug des neuen Verkehrsregimes aufgrund des Ostastes untersucht werden. Es lassen sich keine einzelnen Verkehrsmassnahmen aus diesem Perimeter herauslösen. Im damaligen Vorstoss Baltzer (20150108 Partielle Sperrung des Bahnhofplatzes für den MIV) sollte ein einzelner Aspekt der Gesamtverkehrssituation isoliert behandelt werden. Aktuell scheint es mir aber der richtige Zeitpunkt zu sein, sich erneut mit der Planung des Bahnhofplatzes und den sich stellenden verkehrlichen Fragen zu befassen. Aufgrund der getätigten Messungen und Untersuchungen wird der Gemeinderat Vorschläge zur Gestaltung des Bahnhofplatzes unterbreiten. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass sich eine Prüfung der Variante "Bahnhofplatz ohne MIV" lohnt. Anschliessend wird es am Stadtrat sein zu entscheiden, in welche Richtung sich das Projekt weiterentwickeln soll.

Bohnenblust Peter, FDP: Aus der schriftlichen Beantwortung des Postulats 20170162 geht nicht klar hervor, ob die verkehrliche Situation im Rahmen der Neugestaltung des Bahnhofplatzes geprüft wird oder als separate Massnahme. Sollte das Anliegen im Rahmen der Bahnhofplatzgestaltung geprüft werden, habe ich persönlich nicht viel dagegen. Als separate Massnahme finde ich das Anliegen unmöglich. Vor allem störe ich mich am Satz, es gebe keinen Grund für den MIV den Bahnhofplatz zu traversieren, zumal Reisende beidseitig des Platzes abgesetzt werden könnten. Der diesbezügliche MIV ist jedoch nur ein kleiner Prozentsatz des MIV. Vor allem vor dem Bahnhof muss der Verkehr zirkulieren können um den Zugang zum Parkhaus oder in Richtung Seedorf zu gewährleisten. Es könnte sein, dass erst mit einer Umgestaltung des Bahnhofes und mit der Eröffnung des Westastes der MIV eingeschränkt werden kann, was für die Notwendigkeit des Westastes spricht.

Briechle Dennis, GLP: Ich äussere mich zu den Aussagen von Herrn Bohnenblust zum Westast. Beim Ostast zeigt sich, dass die vFM nicht auf Akzeptanz stossen. Können wir dann darauf zählen, dass dies beim Westast anders sein wird...?

Moser Peter, FDP: Ich ergänze die Äusserung von Herrn Bohnenblust. In der Beantwortung des Postulats 20170162 steht: *"Parallel dazu sieht der Gemeinderat vor, die Planung des Bahnhofplatzes 2018 wieder aufzunehmen"*. Deshalb die Frage, wird der Prüfauftrag des Postulats als separate Massnahme behandelt oder als Bestandteil der Planung zum Bahnhofplatz? Der Hinweis, dass der Westast das Verkehrsproblem mit MIV über den Bahnhofplatz lösen wird, bedingt, dass Auf- und Abfahrten gebaut werden. Ansonsten bringt der Westast in Bezug auf die Befreiung des Bahnhofplatzes vom MIV nichts.

Scherrer Martin, SVP: Zur Feststellung, dass die SVP die vfM bekämpft möchte ich Folgendes ausführen: Solange die beiden Anschlüsse des Westasts bekämpft werden, bin ich mit den vfM nicht einverstanden. Die geplanten vfM basieren auf dem Westastprojekt mit zwei Anschlüssen ("Bienne Centre" und "Seevorstadt"). Aufgrund der Wortmeldungen von Herrn Scheuss gehe ich davon aus, dass er gar keine Autobahn will, oder die Variante mit den zwei Anschlüssen ablehnt. Ohne die zwei Anschlüsse sind die geplanten vfM aber nicht umsetzbar. Ich möchte wissen, ob die heutige Planung für den Westast unterstützt wird. Ich vermute, die Antwort lautet Nein. Wird festgestellt, dass eine vfM absolut stumpfsinnig ist wie bei der Unterführung Mettstrasse, welche den Verkehr einfach auf andere Quartiere verteilt, muss die Situation neu überdacht und angepasst werden.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Zur Frage ob die vfM in die Gestaltung des neuen Bahnhofplatzes integriert werden oder separat behandelt werden, kann ich nur sagen: sowohl als auch. Im Prinzip ist das Anliegen des Postulats 20170162 in die Neugestaltung des Bahnhofplatzes zu integrieren. Die Taskforce der Region für den Ostast beobachtet das Verkehrsverhalten auch rund um den Bahnhof. Die Taskforce hat bis jetzt keine Massnahmen ergriffen, weil keine nötig waren. Wenn sich aber herausstellt, dass der MIV vor dem Bahnhof zum Problem wird, könnte die Taskforce bereits vor der Neugestaltung des Bahnhofplatzes Massnahmen vorschlagen. Aktuell sind aber von der Taskforce keine Eingriffe vorgesehen. Heute kann also eher davon ausgegangen werden, dass Änderungen den MIV betreffend im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Bahnhofplatzes erfolgen. Eine Ausnahme kann aber nicht ausgeschlossen werden. Beim heutigen Verkehrsaufkommen ist dies aber auch nicht notwendig. Das Postulat kann erheblich erklärt werden.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion FDP, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat ist somit erheblich erklärt.

16. Interpellation 20170164, (Christian Löffel) Franziska Molina, Fraktion EVP/BDP, "Schuldenentwicklung in Biel"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 13)

Die Interpellantin ist von der Antwort **nicht befriedigt**

Molina Franziska, Fraktion EVP/BDP: Die Fragen zur Schuldenentwicklung in Biel wurden vom Gemeinderat beantwortet. Meinem Empfinden nach wird jedoch die Situation heruntergespielt. Tragischerweise baut der Gemeinderat aber auf das momentan vorteilhafte tiefe Zinsniveau für die Zukunft. Zu den einzelnen Antworten auf die gestellten Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

- Antwort zur Frage 1 zur Schuldenentwicklung seit 2005: Die Entwicklung ist klar ersichtlich. Die Schulden haben seit 2005 um 63 % zugenommen. Dennoch müssen auch weiterhin Grossprojekte wie z.B. Umbauten von Schulhäusern umgesetzt werden. Folglich werden die Schulden weiter zunehmen.
- Antwort zur Frage 2: «Wie sieht die Entwicklung der Passivzinsen auf dem Fremdkapital seit 2005 aus?» Bei einem Anstieg der Schulden um 63 % würden die Passivzinsen bei gleichzeitig sinkenden Schuldzinsen ungefähr gleich hoch bleiben. Aber wehe, wenn die Zinsen wieder steigen!
- Antwort auf Frage 3: «Wie hoch soll nach Ansicht des Gemeinderats die maximale pro Kopf Verschuldung in Biel sein?» Hier verweist der Gemeinderat auf eine geschönte Tabelle. Meine Berechnungen ergeben Schulden von CHF 8 Mio. auf 55'000 Einwohner sind das pro Kopf CHF 14'545.
- Antwort auf Frage 4: «Welches ist das absolute Schuldendach, welches der Gemeinderat als wirklich kritisch beurteilen würde?» Die gemeinderätliche Antwort finde ich katastrophal. Der Gemeinderat macht sich offenbar immer noch keine Gedanken zur Schuldenexplosion in Biel...
- Antwort zur Frage 5: Wie definiert der Gemeinderat «nachhaltige Finanzpolitik»? Er schreibt, dass ein ausgeglichener städtischer Haushalt langfristig gewährleistet ist. Meiner Ansicht nach wird dies jedoch nicht gewährleistet. Auch in diesem Fall übernimmt der Gemeinderat keine Verantwortung.

Sie entnehmen meinem Votum, dass ich von der Antwort nicht befriedigt bin.

Steidle Silvia, directrice des finances: Oui, Madame Molina, la réponse à vos questions a été donnée. D'ailleurs, je pensais que Monsieur Löffel aurait souhaité en savoir plus, mais tous ces indicateurs sont compris dans le plan financier et dans le rapport qui accompagne le budget. Vous savez mieux que tout le monde ici, que les investissements dans les écoles amènent finalement à cet endettement. Ce n'est rien de nouveau. Tous ces indicateurs sont commentés et la situation au niveau de l'endettement n'est pas nouvelle pour la Ville de Bienne. Je vous rappelle, que la motion 20160111 "Frein à l'endettement conforme au MCH2 pour la Ville de Bienne" propose de plafonner cette dette et le Conseil municipal mène ces réflexions dans le cadre du nouveau Règlement de la Ville.

Je dois quand même faire une correction concernant le commentaire sur le point 3 de la réponse du Conseil municipal à l'interpellation. Vous faites un calcul que j'ai un petit peu de la peine à comprendre. Vous auriez pu demander le quotient de la dette brute, qui permet d'évaluer la situation de l'endettement, en particulier déterminer si l'endettement est proportionné au contenu des revenus obtenus. Ce calcul est

également commenté et présenté dans les documents que j'ai cités auparavant. Cet endettement brut n'est pas non plus satisfaisant, sachant que ce coefficient est considéré comme mauvais. Si les comptes 2018 correspondent à ce que qui a été budgété, il y aura une amélioration, mais ils resteront mauvais. Donc, les réponses ont été données. Je comprends que vous ne soyez pas satisfaite. Monsieur Löffel, qui a déposé cette interpellation, voulait très certainement avoir un débat plus fourni. Mais, ces indicateurs répondent finalement à votre demande. Je comprends votre insatisfaction, mais je ne pouvais pas faire plus.

17. Interpellation 20170166, Christoph Grupp, Fraktion Grüne, "Baustelleninstallationen auf Trottoirs"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 14)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich bin mit der Antwort sehr zufrieden, sie ist äusserst erhellend. Der vorliegende Vorstoss wurde aus persönlicher Betroffenheit eingereicht. Die Möglichkeit, als Stadtrat diese Fragen stellen zu können, liess mich lange zögern. Ich habe jedoch beobachtet, dass viele Leute ähnlich empfinden wie ich. Deshalb ist es von allgemeinem Interesse, zu wissen, wie es dazu kommt, dass Trottoirs über längere Zeit als Abstellfläche bei Bauarbeiten benützt werden. Vor meiner eigenen Haustüre und in Abschnitten weiter unten an der Dufourstrasse konnte ich mehrmals beobachten, dass das Trottoir teilweise über Monate hinweg zu deutlich mehr als der Platzhälfte von der Baustelleninstallation vereinnahmt war. Das Trottoir an der Kreuzung Jurastrasse - Dufourstrasse war anlässlich des Auszugs der Firma Sanitas Trösch zweimal über längere Zeit gesperrt. Manchmal hat ein Kinderwagen knapp hindurch gepasst aber weitere Fussgänger hatten keinen Platz. Eine ähnliche Situation konnte ich am Eingang des Stadtparks beobachten. Die Stadt Biel und der ESB haben am Schleusenweg Arbeiten vorgenommen. Genau vor dem Fussgängerstreifen stand 2017 über ein halbes Jahr lang ein Verhau von ca. zehn Metern Länge, drei Metern Breite und zwei Metern Höhe. Durch diesen wurde die Sicht behindert und der Warteraum vor dem Fussgängerstreifen eingeschränkt. Es entstanden immer wieder gefährliche Situationen, wenn auf Höhe des Verschlagtes Velos oder mehrere Schulkinder mit Fussgängern kreuzten. Ich bin froh, hat sich kein Unfall ereignet. Ich stellte ausserdem fest, dass in diesem Verhau monatelang Rohre lagen. Ich frage mich, ob es richtig ist, an dieser Stelle über Monate hinweg Baumaterial zu lagern. Könnte das Baumaterial nicht andernorts gelagert und vielleicht etwas öfter zur Baustelle gebracht werden? Immer wieder sind es Telekommunikationsfirmen, die Trottoirs aufreissen und manchmal nur einen sehr engen Fussweg freilassen. Aufgrund dieser Beobachtungen und zugegebenermassen auch aus Ärger und Sorge wegen der Gefahren, habe ich diese Interpellation eingereicht. Ich habe erfahren, dass das Gemeindepolizeiinspektorat zuständig ist. Ich werde künftig meine Beobachtungen und Befürchtungen dort melden. Dennoch wäre ich dankbar, wenn die Bauinstallationen nicht nur bei Baubeginn kontrolliert würden, sondern auch zwischendurch. So könnte die Einhaltung vorgesehener Normen und die Bewilligungsdauer überwacht werden. Ich

danke im Namen der Anwohnerschaft in sämtlichen Quartieren der Stadt für die Antwort.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich möchte mich für die gute Aufnahme der Antwort bedanken. Die Anregungen werde ich intern entsprechend weiterleiten.

18. Interpellation 20170163, (Christian Löffel) Franziska Molina, Fraktion EVP/BDP, "Wassergefahren in Biel"

Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 15)

Die Interpellantin ist von der Antwort **befriedigt**

Molina Franziska, Fraktion EVP/BDP: Ich bin von der Antwort befriedigt. Der Gemeinderat verweist im Falle eines Hochwassers auf die neue vom Kanton vorgeschriebene Notfallplanung. Ich frage mich, ob der Gemeinderat abgewartet hat, bis der Kanton einen Notfallplan vorschreibt.

Ich komme zur Frage der Kosten für die Stadt im Falle eines Jahrhundert-Hochwassers. Bei einem solchen Ereignis werden die Kosten wohl zwischen Kanton, Bund, Stadt und Versicherungen aufgeteilt. Ich möchte wissen, welche Kosten die Stadt übernehmen müsste. In der Antwort wird vermerkt, dass die Berechnung der Kosten für ein Jahrhundert-Hochwasser spekulativ wäre. Gibt es Kostenschätzungen? Könnte eine Zusatzversicherung weitere Kosten abdecken?

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Frau Molina, der Gemeinderat hat nicht nur ein Führungsorgan für Notfälle sondern erlässt proaktiv und vorausschauend Notfallpläne, die in Übungen trainiert werden. Ich versichere Ihnen, dass nicht nur auf die Vorgaben des Kantons gewartet wird. Notfallübungen finden zweimal jährlich statt und werden zusätzlich zu den möglichen Szenarien und Ereignissen ausgewertet. Die zweite Frage kann ich leider nicht beantworten. Genau wie die Berechnung der anfallenden Kosten ist eine Definition der Kostenstruktur sehr schwierig und wirklich spekulativ.

19. Interpellation 20170165, (Christian Löffel) Franziska Molina, Fraktion EVP/BDP, "Arbeitsvergaben in der Baudirektion am Beispiel der Schulanlage Châtelet"

Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 16)

Die Interpellantin ist von der Antwort **befriedigt**

Molina Franziska, Fraktion EVP/BDP: Ich bin von der Antwort befriedigt, möchte aber noch einige Ergänzungen anbringen. Zu Frage 6 der Interpellation «*welchen Einfluss hat der Architekt auf die Arbeitsvergaben*» wird in der Antwort darauf

hingewiesen, dass der Architekt aufgrund gesetzlicher Vorschriften keinen Einfluss darauf hat. Der Architekt kann jedoch beeinflussen, welche Unternehmen im Einladungsverfahren Offerten einreichen können. Auf die Frage 7, wie viel teurer ein Angebot von Bieler Unternehmen sein darf, möchte ich folgende Bemerkung anbringen: Wenn Bieler Unternehmen beim Einladungsverfahren berücksichtigt würden, blieben die Aufträge in der Stadt. Warum hat die Firma X aus Bern, insgesamt für CHF 415'000.00 Aufträge zugesprochen bekommen? Hätten diese Arbeiten nicht auch von Bieler Firmen ausgeführt werden können? Muss ein Dachdecker aus Heimberg für die Einreichung der Offerte eingeladen werden? Wenn die Firma X aus Steffisburg den Wettbewerb für gewisse Holzmontagearbeiten gewonnen hat, heisst das nicht, dass auch weitere Arbeiten an diese Firma vergeben werden müssen. Insgesamt denke ich, dass in Biel ein grosses Potential an Unternehmen für derartige Aufträge vorhanden ist. Die Baudirektion hat noch nicht begriffen, was es in Bezug auf die Steuereinnahmen bedeutet, wenn Bieler Unternehmen für die Stadt Biel arbeiten. Zudem werden damit Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert und es fallen kürzere Wege und damit weniger Verkehr an.

Gugger Reto, BDP: Wenn ich die Liste mit den Arbeitsgattungen anschau, fällt mir auf, dass es keine/n BaumeisterIn, keine/n MaurerIn und keine/n ArchitektIn gibt. Wieso werden diese in der Zusammenstellung nicht genannt? Soll hier etwas versteckt werden?

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat fragt sich, wie dem Anliegen der Interpellantin Rechnung getragen werden soll, ohne dem Stadtrat einen ganzen Ordner mit Abrechnungen abzuliefern. Das Projekt Châtelet kostete die Stadt CHF 30 Mio. Sie mögen sich noch daran erinnern, dass es das teuerste je umgesetzte Projekt in der Stadt Biel darstellte. Der Gemeinderat entschied sich, für die Beantwortung des vorliegenden Vorstosses nur die Arbeiten, die im freihändigen und im Einladungsverfahren vergeben wurden, aufzuführen. Die ordentlichen Ausschreibungen sind in der Beantwortung nicht erwähnt. Die Interpellantin hatte sich vor allem für diejenigen Aufträge interessiert, die einen Spielraum erlaubten. Aufgeführt sind die Vergaben ab einer Höhe von CHF 20'000.00. Sie wissen, dass die Arbeitsvergaben einem streng regulierten Verfahren unterliegen. Der sogenannte «Heimatschutz», welcher immer wieder diskutiert wird, kann nicht überall umgesetzt werden. Aus wirtschaftlichen Gründen ist es auch nicht immer sinnvoll, Arbeiten an ein teureres Bieler Unternehmen zu vergeben. Ausserdem werden bei freihändigen Vergaben immer Firmen von ausserhalb der Region dazu genommen. Es ist wichtig, über die Region hinaus Einblick in die Preisentwicklung zu erhalten. Unternehmen aus der Region werden in den Ausschreibungen jedoch immer überproportional berücksichtigt. Ausnahmen sind Arbeitsgattungen, die in Biel nicht ansässig sind, wie zum Beispiel der Liftbau. Im Rahmen der legalen Möglichkeiten werden Anstrengungen unternommen möglichst viele Zuschläge an Firmen aus der Region zu vergeben. Der Gemeinderat hofft, dass damit viele Arbeitsplätze in der Region sichergestellt werden und die Firmen nicht Arbeitende aus Polen verpflichten. Leider gibt es bei Unternehmen aus der Region aber keine Garantie, dass Arbeitsplätze in der Region erhalten werden.

20. Dringliche überparteiliche Interpellation 20170316, Peter Bohnenblust, FDP, Sandra Schneider, SVP, "Unverständliches an der Bermenstrasse"

Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 17)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort **befriedigt**

Bohnenblust Peter, FDP: Ich danke für die kurzen erläuternden Antworten auf die wesentlichen Fragen. Die Fragen 1 bis 7 der vorliegenden Interpellation betreffen die Vergangenheit und die Fragen 8 bis 10 die Zukunft. Aus den Antworten auf die Fragen 6 und 7 (nicht vorhandenen Lichtsignalanlage) geht hervor, dass der vorhandene Platz nicht ausreicht, um eine Lichtsignalanlage zu installieren. Für mich bedeutet das eine ungenaue Vorbereitung der Baustelle, da ursprünglich eine Lichtsignalanlage geplant war. Zur Entlastung der Quartiere gleich verkehrlich flankierende Massnahmen (vfM) einführen zu wollen, finde ich übertrieben. Ich hoffe, eine mildere Massnahme wird eingehend geprüft. Ich verstehe nicht, warum vorgängig nicht mit den betroffenen Anwohnenden, Gewerbetreibenden und Institutionen gesprochen wurde. In diesem Quartier befindet sich immerhin ein Spital, dessen Leitung von sich aus das Gespräch mit der Stadtverwaltung gesucht hat. Es geht nicht nur darum zu informieren, sondern auch, sich bei den Quartierleuten nach den Bedürfnissen zu erkundigen. Ich bedaure das unsorgfältige Vorgehen. Von der Antwort des Gemeinderats bin ich befriedigt jedoch nicht von der Situation.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Die Bauarbeiten an der Bermenstrasse werden Ende März abgeschlossen sein. Statt nach zehn kann diese Baustelle nach vierzehn Monaten abgeschlossen werden. Dass die Baustelle nicht wie geplant wechselseitig befahren werden kann, ist auch für mich unerfreulich. Erst nachträglich wurde die Baudirektion über die Situation der SBB informiert, welche eine komplette Schliessung der Strasse für den motorisierten Verkehr erforderte. Für die Bermenstrasse ist im Richtplan der vfM eine Massnahme vorgesehen. Diese wird im Moment geprüft. Das Quartier wurde darüber informiert. An der Informationsveranstaltung mit über hundert Interessierten zu diskutieren war sehr schwierig. VfM sind im Gesamtkontext zu betrachten. Mit verschiedenen Betroffenen wurden konstruktive Gespräche geführt. Der Gemeinderat versucht bei den vfM das Augenmass nicht zu verlieren und gleichzeitig konsequent vorzugehen.

21. Überparteiliche Motion 20170204, Dana Augsburger-Brom, Fraktion SP/JUSO, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Gleichbehandlung bei Neuzuzügerinnen und Neuzuzügern"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 18)

Der Gemeinderat beantragt, die Ziffern 1, 3 und 5 in ein Postulat umzuwandeln und als erfüllt abzuschreiben sowie die Ziffern 2 und 4 nicht erheblich zu erklären.

Augsburger-Brom Dana, SP: Der Titel der Motion stellt eine klare Forderung. Aufgrund verschiedener Zeitungsartikel stellte sich die Frage nach der Gleichbehandlung von Neuzuziehenden. Der Gemeinderat beantragt die Ziffern 2

und 4 nicht erheblich zu erklären. Die Motionärinnen sind mit dem Gemeinderat einig, dass ein spezielles Reglement unnötig ist. Der Gemeinderat schlägt zu Ziffer 5 vor, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und als erfüllt abzuschreiben. Wir Motionärinnen sind auch damit einverstanden. Bezüglich Ziffer 3 beantragt der Gemeinderat ebenfalls das Anliegen in ein Postulat umzuwandeln. Dazu stellt sich immer wieder die gleiche Frage, nämlich ob ein Anliegen bereits erfüllt ist, wenn es geprüft wird. Bei einem Postulat sollte wenigstens ein Abschlussbericht abgewartet werden. Eine blosser Stellungnahme reicht unseres Erachtens nicht. Im Moment liegt ausser dem Versprechen, das Anliegen zu prüfen kein Ergebnis vor. **Die Motionärinnen beantragen daher, Ziffer 3 noch nicht abzuschreiben.**

Medienberichte über ein Willkommensgeschenk für die Mitarbeitenden der UBS widersprechen leider in Ziffer 1 der Antwort des Gemeinderats. Ich bitte den Gemeinderat dies klarzustellen. Wenn die Darstellung in den Medien den Tatsachen entspricht, bin ich mit dem Vorgehen des Gemeinderats nicht einverstanden. Dies würde einer Zweiklassengesellschaft gleichkommen. Der Gemeinderat kann nicht für ausgewählte 600 Neuzuziehende einen Aperó ausrichten und diesen Anlass der Stadtkasse, also den Steuerzahlenden belasten. Was genau heisst das in den Medien erwähnte «Probewohnen»? Kann damit eine Zeitlang gratis gewohnt werden? **Die Motionärinnen beantragen, Ziffer 1 nicht abzuschreiben.**

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Lese ich die Antwort des Gemeinderats, frage ich mich, wieso diese Motion überhaupt eingereicht wurde. Es ist ja alles in bester Ordnung. Doch ist es wirklich so wie in der Beantwortung des Gemeinderats beschrieben? Daran zweifle ich. Es bleibt das schale Gefühl zurück, dass die Aussagen von Herrn Gfeller (Delegierter für Wirtschaft der Stadt Biel) in der Zeitung «Biel Bienne» stimmen könnten. Normalerweise erhält der Interviewpartner von der Redaktion den Beitrag vor dem Druck zum Gegenlesen. Dass ein Chefbeamter sich ohne politische Absicherung mit Falschaussagen derart exponiert, erscheint mir sehr unwahrscheinlich. Auch ich möchte vom Stadtpräsidenten hören, weshalb sich die Aussagen eines leitenden Verwaltungsmitarbeiters und die Antwort des Gemeinderats völlig widersprechen. Kann der Gemeinderat garantieren und bestätigen, dass keine Sonderbehandlungen und Angebote mit Steuergeldern finanziert werden, wie sie von Herrn Gfeller im Interview mit «Biel Bienne» erwähnt wurden? Genannt wurden Stadt- und Quartierführungen, Kultur- und Ausgehangebote, Besichtigung von Wohnangeboten, das Organisieren von «Probewohnen», Bereitstellung von Naturerlebnissen und Aperó mit dem Stadtpräsidenten. Nur damit das klar ist, ich freue mich, dass in der Stadt Arbeitsplätze geschaffen werden und ein Unternehmen seinen Standort nach Biel verlegt. Für die Stadtverwaltung muss jedoch die Gleichbehandlung der Bevölkerung oberstes Gebot sein. Ansonsten fördert sie eine Zwei- oder sogar Dreiklassengesellschaft, was meines Erachtens gar nicht geht! Die Begründung für einen Verzicht auf ein Reglement für ein Willkommensgeschenk für Neuzuziehende ist nachvollziehbar und wird nicht bestritten. Die Umwandlung der Motion in ein Postulat akzeptieren wir. Die Prüfung von Ziffer 3 nehmen wir erfreut zur Kenntnis.

Um der Sache auf den Grund zu gehen, sollte das Anliegen, wie bereits von Frau Augsburger-Brom gefordert, zu Ziffer 1 nicht abgeschrieben werden. Der Gemeinderat soll über die konkreten Willkommensmassnahmen und Kosten für die

Mitarbeitenden der UBS berichten. Ich danke für die Unterstützung des Antrags auf Nichtabschreibung von Ziffer 1.

Zumstein Joël, SVP: Die Fraktion SVP/die Eidgenossen ist im Grossen und Ganzen mit der Antwort des Gemeinderats einverstanden. In gewissen Punkten jedoch weicht ihre Meinung ab. Vorab stellt sich im Titel der Motion die Frage nach dem Hintergrund. Nachdem im Motionstext auf Medienberichte im Zusammenhang mit den UBS-Mitarbeitenden verwiesen wird, war mir der Beweggrund klar. Ich vermute, der Grund für diesen Vorstoss liegt in der Abneigung gegen das grosse Finanzinstitut als Wirtschaftsschergewicht. Ich bezweifle, dass das Thema aufgegriffen worden wäre, wenn die «Töpferei Müller GmbH» oder die Velowerkstatt XY nach Biel ziehen würde. Ich finde die «Neuzuzüertasche» (Anmerkung Ratssekretariat: Willkommensgeschenk für Neuzuziehende) unbestritten ein gutes Instrument um den Neuzuziehenden der Stadt Biel wichtige Informationen mitzugeben. Angesichts der günstigen Herstellungskosten von rund 3 Franken pro Stück ist das eine gute Sache. Zu Frage 3: Wer erhält als langjährige/r EinwohnerIn eine «Treuetasche»? Welcher Mehrwert wird damit erreicht? Die Abgabe von Gutscheinen von städtischen Einrichtungen erfreut sich vielerorts nicht grosser Beliebtheit und ist angesichts der finanziellen Lage der Stadt fragwürdig. Daher die Frage an die Motionärinnen: Kennen Sie allenfalls eine vergleichbare Stadt in der Schweiz, die ein solches Angebot hat? Was wäre in einem Treuegeschenk enthalten? Als Geste einfach einen Gutschein abzugeben, finde ich nicht sinnvoll.

Leuenberger Bernhard, FDP: die Fraktion FDP unterstützt den Gemeinderat vollumfänglich. Dieses nicht wirklich weltbewegende Thema ist keine grosse Diskussion wert. Nichtsdestotrotz werde ich einen Punkt aufgreifen. Bei der Erwähnung der UBS wird sofort etwas Schlechtes vermutet. Persönlich finde ich das Interview mit Herrn Gfeller, das ich selber nicht gelesen habe und mir nur aus den Äusserungen von Frau Tennenbaum bekannt ist, originell. Bei Herrn Gfeller handelt es sich zumindest um einen Macher, was ich grundsätzlich gut finde. Mir geht es im Wesentlichen um das Folgende: Die Urheberinnen der Motion können in fast allen Punkten dem Gemeinderat zustimmen. Nachdem sie mit dem Gedanken gespielt haben, für dieses Anliegen ein Reglement zu erlassen, verzichten sie jetzt darauf. Ich kann den Rechtspositivismus der Motionärinnen nicht teilen. Rechtspositivismus ist ein rechtsphilosophischer Begriff und bedeutet, dass jeder denkbare Sachverhalt mittels Gesetz geregelt wird. So etwas ist weder möglich noch vernünftig. Der Stadtrat als gesetzgebendes Organ aber auch die Legislativen von Kanton und Bund sollten sich jedes Mal fragen, ob ein neues Gesetz wirklich nötig ist. Ist es ausserdem nötig, jederzeit einen Vorstoss einzureichen und ein Gesetz zu fordern? Liebe KollegInnen, der Stadtrat muss vermehrt unnötige neue Gesetze ablehnen. Innerhalb der letzten Jahrzehnte wurde eine wahre Gesetzesflut umgesetzt. Viele unnötige Gesetze sind, auch unter Mitwirkung der bürgerlichen Parteien, geschaffen worden. Diese Tendenz zu mehr Gesetzen schränkt die Freiheit ein. In vielen Bereichen besteht ein enges, einschränkendes Regelwerk. Bereits im letzten Jahrhundert hat der Rechtsphilosoph und Ökonom Friedrich August von Hayek gesagt, dass eine übertriebene Gesetzesflut in der Diktatur endet, wie die Beispiele Faschismus und Sowjetkommunismus zeigen. Werte Kolleginnen und Kollegen, mich ängstigt diese schleichende Sowjetisierung der Schweiz. Vor allem bei der linken, jungen Generation, welche die Zeit des Kalten Krieges nicht mehr persönlich erlebt hat, zeigt sich diese Absicht. Wie jemand heutzutage Mitglied der PdA sein kann, ist mir

unverständlich. Die im vorliegenden Vorstoss genannte Forderung nach einem Gesetz wegen einer völlig lächerlichen Angelegenheit ist so ein Fall. Vor ein paar Jahren konnte ich als Rückkehrer nach Biel die «Neuzuzügertasche» in Empfang nehmen. Dass der Stadtrat nun wegen dieser Tasche eine Debatte führt, ist lächerlich.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich beantworte die an die Motionärinnen gestellten Fragen. Das Anliegen zielt nicht auf den erzielten Mehrwert noch gründet es auf einem Vergleich mit anderen Städten. Die Forderung war die Gleichbehandlung aller Neuzuziehenden. Spezielle Ausnahmen für ausgewählte Kreise rücken die Stadt in ein schlechtes Bild. Uns bereitet Sorge, dass aus einmal gewährten Ausnahmen mehr werden und sie dadurch auch willkürlich werden. Die Motionärinnen fordern die Gleichbehandlung aller Neuzuziehenden. Die UBS-Mitarbeitenden wurden vom Gemeinderat oder von Herrn Gfeller erwähnt und hervorgehoben, nicht von den Motionärinnen.

Gugger Reto, BDP: Ich kann Sie, liebe Motionärinnen beruhigen. Ich lege meine Hand dafür ins Feuer, dass die UBS-Mitarbeitenden das genau gleiche Willkommenspaket erhalten wie alle anderen Neuzuziehenden. Die «Neuzuzügertasche» erhält, wer sich in der Stadt Biel anmeldet und sie ist für alle neuen EinwohnerInnen gleich. Ich schätze die Initiative des Gemeinderats und von Herrn Gfeller. Von den 600 neu in Biel arbeitenden UBS-Angestellten möglichst viele dazu zu bewegen, nach Biel zu ziehen, ist eine einmalige Chance. Dazu braucht es entsprechende Werbemassnahmen. Wenn eine Miss World vor meiner Nase entlanggeht, würde ich auch ein wenig um sie werben. Eine UBS mit 600 Arbeitsplätzen entscheidet sich nicht jeden Tag für den Standort Biel. Ich begreife, dass der Gemeinderat und Herr Gfeller so handeln. Ich garantiere Frau Augsburger-Brom, dass diese Neuzuziehenden genau die gleiche «Neuzuzügertasche» erhalten wie alle anderen. Was vorher passiert ist Werbung.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Herr Leuenberger, ich habe weder etwas gegen die UBS noch gegen 600 Bieler Arbeitsplätze. Ich habe vorhin ausdrücklich erwähnt, dass ich mich über die Schaffung dieser Arbeitsplätze freue. Ich kann durchaus verstehen, dass Marketingmassnahmen ergriffen werden. Wenn jedoch von Neuzuziehenden gesprochen wird, gilt es dabei zu bleiben. In diesem Fall sollen alle Neuzuziehenden gleich behandelt werden. In den Zeitungsartikeln war stets von Neuzuziehenden die Rede und nicht von Marketingmassnahmen für irgendwelche PendlerInnen oder was auch immer!

Meyer Miro, JUSO: Herr Leuenberger, Sie haben den Jungen genau gesagt, wo es erlaubt sein soll sich zu engagieren und wo nicht. Ich erinnere daran, dass in den 30er-Jahren der Faschismus aufgrund einer Krise der kapitalistischen Gesellschaft erfolgreich werden konnte und nicht wegen irgendwelcher Gesetzeslücken. Ich möchte hier Rosa Luxemburg zitieren: "*Freiheit ist die Freiheit der Andersdenkenden.*" Also denke ich, dürfen wir alle uns engagieren wo wir möchten!

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der vorliegende Vorstoss hat sehr wohl mit der UBS zu tun. Die UBS wird im Motionstext erwähnt. Der Zusammenhang ist somit klar. Für den Standort Biel sind 600 neu geschaffene Arbeitsplätze eine tolle Nachricht. Es geht um qualifizierte Arbeitsplätze, die einen Beitrag zur Diversifizierung der städtischen

Wirtschaft leisten. Biel ist ein stolzer Industriestandort. Mit Blick auf mögliche Konjunkturzyklen kämpft der Gemeinderat aber seit Jahrzehnten um eine breite Abstützung. 600 UBS-Arbeitsplätze sind somit aus Standortsicht hervorragend. Gleichzeitig sorgten die Beiträge in den Medien dafür, dass das Potential der Stadt Biel in der ganzen Schweiz bekannt wird. Für mich gehören diese Umstände in den Mittelpunkt.

In der Tat gebietet der allgemeine Gleichheitssatz "*Gleiches nach Massgabe seiner Gleichheit gleich, Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich zu behandeln*". Herr Gugger hat die Antwort zu Ziffer 1 bereits erläutert. Die "Neuzuzüertasche", die Herr Leuenberger vielleicht noch zuhause hat, wird den Neuzuziehenden bei der Anmeldung auf der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste überreicht. Frau Tennenbaum bestreitet nicht, dass bei einer so grossen Verschiebung von Personal, eine mögliche Wohnsitznahme in der Stadt Biel beworben werden muss. Die Vorteile von Biel als Wohnort darzulegen, gehört zu meinen Aufgaben und ist mit keinem grossen finanziellen Aufwand verbunden. Immobilienverwaltungen sind durchaus bereit, sich für solvente NeumieterInnen zusätzlich anzustrengen. Es gilt, die PendlerInnen zu einem Umzug zu motivieren anstatt die Infrastruktur zu belasten. Es macht einen Unterschied, ob sich eine Einzelperson aus persönlichen Gründen entschliesst nach Biel zu ziehen oder ob sich eine Firma mit 600 Angestellten niederlässt. Es ist ein Gebot der Höflichkeit und pflichtbewusster Aufgabenerfüllung diese Leute hier willkommen zu heissen und zwar nicht nur als Arbeitnehmende, sondern auch als Einwohnende. Hier geht es darum, Biel als Wohnort zu propagieren. Von einer Ungleichbehandlung kann keine Rede sein.

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Frau Augsburger-Brom wünscht die Beantwortung ihrer Frage zur sich widersprechenden Darstellung in der Beantwortung gegenüber den Medien. (*Zwischenrufe*)

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich habe mich offenbar vorhin nicht deutlich genug ausgedrückt! Neuzuziehende erhalten bei der Anmeldung die "Neuzuzüertasche" mehr nicht! Die Massnahmen betreffen Personen, die neu in Biel arbeiten. Die Stadt wird diesen als attraktiver Wohnort präsentiert. Zum Beispiel wird gezeigt, dass der See vom neuen Arbeitsplatz im ehemaligen Swisscom-Gebäude zu Fuss in zwei Minuten erreichbar ist. Ein so tolles Naherholungsgebiet wie die Bieler Seebucht bietet sich nicht nur unter der Woche für die Mittagspause an, sondern auch zur Freizeitgestaltung am Wochenende. Im Interview mit Herrn Gfeller ging es um dieses Thema und dieses hat nichts mit dem eigentlichen Willkommensgeschenk zu tun.

Augsburger-Brom Dana, SP: Es gibt keinen Grund laut zu werden. Der Stadtpräsident identifiziert sich scheinbar so stark mit der UBS, dass er gleich persönlich beleidigt ist. In der Beantwortung heisst es, dass alle gleich behandelt werden. Die Zeitung «Biel Bienne» schreibt von "spezifischen Willkommenspaketen" (Interview mit Thomas Gfeller, Wirtschaftsdelegierter der Stadt Biel, Ausgabe 24 vom 14. Juni 2017). Die Äusserung des Stadtpräsidenten dazu habe ich so verstanden, dass sich gesamthaft keine Gleichbehandlung ergibt. (*Unruhe im Saal*)

Abstimmungen

- über den Antrag der Motionärinnen, Punkt 1 in ein Postulat umzuwandeln aber nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt.

- über den Antrag der Motionärinnen, Punkt 3 in ein Postulat umzuwandeln aber nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag des Gemeinderats zu den Punkten 2, 4 und 5 wird vom Stadtrat nicht bestritten. Somit werden die Ziffern 1, 3 und 5 in ein Postulat umgewandelt und als erfüllt abgeschrieben sowie die Ziffern 2 und 4 als Motion erheblich erklärt.

22. Motion 20170205, Judith Schmid, PdA, "Freie Fahrt für Menschen in Aus- und Weiterbildungen!"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 19)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Schmid Judith, PdA: Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Beantwortung meiner Motion. Die Benutzung des öffentlichen Verkehrs (ÖV) kostet eine Familie mit mehreren Kindern oft mehr als ein eigenes Auto. Viele Kinder werden täglich von ihren Eltern zur Bildungsstätte chauffiert. Die Schulbusse finden oftmals keinen Platz mehr um anzuhalten, weil so viele Autos vor der Schule stehen. Die Kinder gewöhnen sich schon sehr früh daran, mit dem Auto chauffiert zu werden und so bleibt ihnen der ÖV fremd. Meine Motion fordert deshalb freie Fahrt für Menschen in Aus- und Weiterbildung, genau um Kinder und Jugendliche an den ÖV zu gewöhnen. Das sind zukünftige, zahlende Kunden des ÖV. Langfristig könnten die Verkehrsbetriebe also davon profitieren. Leider wurde dieser Aspekt vom Gemeinderat aber in seiner Antwort nicht einmal berücksichtigt. Um diesem Thema daher mehr Gewicht zu verleihen und meine Forderung klarer anzubringen, **habe ich mich entschieden, die vorliegende Motion zurückzuziehen**. Ich werde zu einem späteren Zeitpunkt auf das Anliegen in anderer, konkreter Form zurückkommen.

23. Postulat 20170248, Martin Scherrer, Fraktion SVP/ Die Eidgenossen, "Extrabusse bei Events in der Tissot Arena"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 20)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Im vorliegenden Postulat beziehe ich mich auf zwei Veranstaltungen in der Tissot Arena. Einerseits betrifft dies den Eishockeymatch Biel gegen Russland und andererseits den Fussballmatch am Uhrencup zwischen Benfica Lissabon und YB. Beide Spiele waren ausverkauft, das heisst es waren über 5'000 Zuschauer in der Tissot Arena, wovon vielleicht 10 % mit dem ÖV an- und abgereist sind. Für die Organisatoren der Anlässe war das sehr erfreulich. Weniger erfreulich war die Rückreise für diejenigen Besucher, die den ÖV benutzen wollten. Die Busse der Linie 1 waren sofort voll. Ohne Extrabusse und mit Nachtfahrplan mussten lange Wartezeiten in Kauf genommen werden. Die Stadt Biel gab ein schlechtes Bild ab. Ich sage die Stadt Biel, weil die CTS, welche die Tissot Arena vermarktet und die Verkehrsbetriebe Biel zwei Gesellschaften sind, die sich im Eigentum der Stadt befinden. Mir ist klar, dass der Veranstalter die Verantwortung für die Verkehrserschliessung trägt. Ich sehe jedoch auch die Stadt in der Verantwortung. Ein Kollege von mir beschwerte sich bei den Verkehrsbetrieben. Er bekam die Rückmeldung, dass die VB vom Veranstalter gar nicht informiert worden seien. Ich finde diese Antwort nicht sehr kundenorientiert. Wenn der VB-Bus von der Endstation voll besetzt in das Stadtzentrum fährt, können an den Haltestellen keine weiteren Fahrgäste zusteigen. Zumal auch die nachfolgenden Busse alle vollbesetzt waren. Mein Kollege entschied sich dann, zu Fuss in die Stadt zurückzugehen. Das nächste Mal benützt er vielleicht das Velo oder auch das Auto...

Von der Beantwortung des Postulats habe ich mir mehr erhofft. Der Gemeinderat nimmt zu den beiden Ereignissen keine Stellung. Mir ist klar, dass die Planung von Veranstaltungen eine gewisse Herausforderung darstellt. An den Eishockeymatches der National League funktioniert das Verkehrskonzept jedenfalls. Der Gemeinderat könnte bei den Veranstaltern mehr Druck machen. Ich habe mich nach langem Überlegen entschieden, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen. Zu hoffen ist, dass weiterhin Eishockey-Testspiele stattfinden. Das seeländische Turnfest wird ebenfalls in der Tissot Arena abgehalten. Ich werde an den jeweiligen Anlässen genau beobachten, ob sich die Situation verbessert hat und ob der Gemeinderat mit CTS und den Verkehrsbetrieben bei den Veranstaltern interveniert. Sollte keine Verbesserung erfolgen, werde ich einen neuen Vorstoss einreichen, der die Forderungen konkretisiert. In diesem Sinne bin ich mit der Erheblicherklärung und Abschreibung des Postulats einverstanden.

Sutter Andreas, BVP: Ich möchte eine spontane Zusatzbemerkung anbringen, die in einem allfälligen neuen Vorstoss berücksichtigt werden könnte. Immerhin ist die Verkehrspolitik, die Biel betreibt sehr konsequent. Am Eishockeyspiel Schweiz gegen Kanada betrug die Wartezeit vor der Zahlstelle für diejenigen, die es gewagt haben mit dem Auto anzureisen ebenfalls 70 Minuten...

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Scherrer, ich hoffe, Ihre Berechnung ist nicht richtig. Ich hoffe, dass mehr als 10 % der Besucher mit dem ÖV anreisen. Offenbar war die Antwort des Gemeinderats zu wenig detailliert. Dieser nimmt das Anliegen nämlich sehr wohl ernst. Plant ein Veranstalter oder eine Veranstalterin einen Anlass, weist die CTS darauf hin, dass die Personenbeförderung rechtzeitig geklärt werden muss. Die beiden erwähnten Anlässe waren öffentlich bekannt also auch den Verkehrsbetrieben. Erfolgt ein Hinweis im Veranstaltungskalender ist das für die Organisation der Personenbeförderung aber bereits zu spät. Anlässe wie der Bildungstag sind in der Beantwortung nicht grundlos erwähnt. Der Bildungstag ist ein nicht öffentlicher, geschlossener Anlass. Die Verkehrsbetriebe haben keine Möglichkeit zu erfahren, wann dieser stattfindet. Deshalb ist es wichtig, dass die CTS die Organisierenden der Veranstaltung rechtzeitig auf die Personenbeförderung anspricht. In der Antwort des Gemeinderats wurde dieses nunmehr institutionalisierte Vorgehen zu wenig klar ausgeführt.

Zur Geschichte des Bildungstages: Vor bald einem Jahr fand dieser tolle Anlass statt. Dazu eine spannende Anekdote: Etwa vier Tage vor dem Anlass ist es den Veranstaltenden eingefallen, dass sie die Frage der Personenbeförderung noch klären sollten. Sie fragten bei den Verkehrsbetrieben nach, ob zusätzliche Busse eingesetzt werden können. Die Organisierenden gingen davon aus, dass 80% von den eschätzen 5'000 Teilnehmern mit dem ÖV anreisen. Konkret brauchen damit 4'000 Besucher zwischen 8.00 und 8.15 Uhr Zusatzbusse vom Bahnhof zur Tissot Arena. Da sich für die VB in diesem Zeitraum ohnehin Engpässe abzeichnen, verwiesen sie die Veranstaltenden an die SBB zwecks Abklärung, ob wirklich soviele Personen mit dem Zug anreisen. So konnten einige Besuchergruppen dann bereits in Bern, Burgdorf und Langenthal abgeholt und in Bussen direkt in die Tissot Arena transportiert werden. Die nicht ganz einfache Koordination der Personenbeförderung muss also zwingend rechtzeitig geplant werden. Wichtig zu wissen ist auch, dass bei Grossanlässen kein Rechtsanspruch auf Bereitstellung einer unbeschränkten Anzahl von Transportmitteln durch die Verkehrsbetriebe zum Normaltarif besteht. Es ist Sache der Veranstaltenden, die Beförderung der Teilnehmenden zu organisieren und zu bezahlen. Während der Stosszeiten angesichts des ausgebauten Fahrplans alle Busse der Verkehrsbetriebe im Einsatz und nicht verfügbar. Gleiches gilt zu Verkehrsspitzenzeiten, weil auch da die Kapazitätsgrenzen erreicht werden. Eine frühzeitige Planung ist somit essentiell.

Die Parkhauskasse, Herr Sutter, ist ein anderes leidiges Thema. Die CTS kämpft jeweils mit den Veranstaltenden darum, die Besuchenden darauf hinzuweisen, bei der Ankunft ein Eventticket zu lösen und dieses auch für die Ausfahrt wieder zu benützen. Leider figuriert dieser Hinweis nicht immer auf den Tickets oder den Veranstaltungsunterlagen. Eine andere Möglichkeit bestände in einem mobilen Ticketverkauf. Sie sehen, das Problem könnte eigentlich gelöst werden, es fehlt jedoch an der Kommunikation. Nach diesen Erläuterungen bitte ich Herrn Scherrer, um die Verwaltung administrativ zu entlasten, der Abschreibung zuzustimmen. *(Zwischenruf)*

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

24. Postulat 20170210, Ruth Tennenbaum und Roland Gurtner, Passerelle, "Förderung der Demokratie mit neuen Möglichkeiten der Teilhabe in der neuen Bieler Verfassung"

Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 21)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Erfreut nehme ich zur Kenntnis, dass die Volksmotion im Rahmen des Projektes für eine neue Stadtordnung zur Diskussion steht. Weshalb bei der Online-Befragung, die soeben lanciert wurde, nur gefragt wird, ob ausländische Einwohnende dem Stadtrat Anliegen unterbreiten können, verstehe ich nicht. Vielleicht kann der Gemeinderat dazu etwas sagen? Eine Volksmotion schliesst alle Personengruppen ein, unabhängig von der Staatszugehörigkeit. Wieso wird die Frage auf eine Zielgruppe limitiert? Ich bedaure, dass das nicht auch bei der parlamentarischen Einzelinitiative vorgeschlagen wird. Wird den BürgerInnen in der öffentlichen Partizipation nicht zugetraut, sich ein Urteil zu bilden? Die Mitglieder des Teilprojektes 3 beweisen nicht gerade viel Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der Bevölkerung, wenn sie diese Frage nicht breit diskutieren lassen wollen. Zu Beginn der Arbeiten an der neuen Stadtordnung hiess es, dass es keine Tabus gebe. Doch ganz so offen soll es nun nicht mehr sein. Weshalb das Instrument der parlamentarischen Einzelinitiative einen ausgebauten parlamentarischen Apparat voraussetzt, wurde nicht näher dargelegt, würde mich aber interessieren. Vielleicht kann der Gemeinderat auch dazu ein paar Sätze sagen? Ich gehe davon aus, dass diese Möglichkeit zwar selten angewendet würde aber unter gewissen Umständen sehr sinnvoll wäre. Die parlamentarische Diskussion und Auseinandersetzung wird dadurch eher gestärkt als geschwächt, wie auch die Beantwortung darlegt. Den Antrag des Gemeinderats nehme ich zur Kenntnis. Je nach Fortgang der Arbeiten an der neuen Stadtordnung werde ich das Anliegen wieder aufnehmen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Zuerst eine Bemerkung zum spannenden Prozess für eine neue Stadtordnung. Ich hoffe, Sie haben die Online-Befragung alle schon ausgefüllt. Falls nicht, könnte das angesichts der Wetterprognose für das kommende Wochenende am Sonntag problemlos noch erledigt werden. Vorschläge sind jederzeit möglich, sei es als BürgerIn oder ParlamentarierIn. Von einer der Arbeitsgruppen abgelehnte Vorschläge sind jedoch nicht gleich wieder einzureichen. Wichtig ist, dass der Prozess weitergeht. Vorstösse können in der vorberatenden Kommission und im Rahmen der Vernehmlassung diskutiert werden. Ich komme jetzt zur Frage, weshalb parlamentarische Einzelinitiativen ein nachvollziehbares Vorgehen benötigen. Der Gemeinderat stellt sich, abgeleitet von der Handhabung beim Bund, die Schaffung eines Reglementes vor. Dafür sind jedoch ganz andere Ressourcen notwendig als sie das Ratssekretariat heute hat. Falls Sie daran zweifeln, wird Ihnen die Ratssekretärin, Frau Klemmer nach der Sitzung das sicher bestätigen. Das ist der Grund für die zurückhaltende Antwort. Die Idee eines solchen Instruments ist eben nicht, dass die Verwaltung den Auftrag stellvertretend für das Parlament ausführt, sondern dieser vom Parlament selber erfüllt wird.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

25. Neueingänge**20180035 Motion Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die BEU
Eidgenossen**

Bau einer Velo- und Fussgängerunterführung an der PRA
Madretsch-/Mettstrasse (Umsetzung der angenommenen
Motion aus dem Jahr 1986)

Construction d'un passage sous-voies pour la circulation
cycliste et piétonne à la rue de Mâche/rue de Madretsch
(mise en œuvre de la motion adoptée en 1986)

**20180036 Interpellation Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die DSS
Eidgenossen**

Sanktionen bei fehlender Kooperation FID

Sanctions en cas de manque de coopération

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:50 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane